Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 70 Pfg., bei lokalen Anzeigen 50 Pfg. Reklamezeile 3.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 11.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 3 (1. Blatt) | Mittwoch, den 4. Januar 1922 | 50. Jahrgang

Deutschland soll unbedingt zahlen.

(TU) Wie ein Telegramm des United Telegraph aus Paris mitteilt, wird Loucheur der Konferenz von Cannes eine Denkschrift vorlegen, in der er nachzuweisen versucht, daß die Deutschland durch das Wiesbadener Ultimatum auferlegten Sachleistungen in Höhe von einer Milliarde Goldmark im Jahre 1922 tatsächlich ausgeführt werden müssen. Die Frage der Durchführbarkeit des Wiesbadener Abkommens wird einen der hauptsächlichsten Beratungsgegenstände der Konferenz bilden. Dabei dürfte Dr. Rathenau zur Darlegung seiner Meinung aufgefordert werden und in diesem Zusammenhang den deutschen Standpunkt zum gesamten Reparationsproblem begründen. Rathenau enthält sich nach wie vor jeder Aeußerung gegenüber der Presse.

Wird Briand es auf einen Bruch ankommen lassen?

Wie der Brüsseler Vertreter der „Tägl. Rundschau" hört, werden Frankreich und Belgien Beschwerde dagegen erheben, daß in Cannes deutsche Delegierte als gleichberechtigte Abgeordnete zugelassen werden. Nach belgischer Ansicht wird Briand einem Bruch mit England zwar nicht ausweichen, er wird aber die Verantwortung dafür der Opposition, den französischen Nationalisten, aufbürden. Die Forderung Briands, die deutschen Finanzen und die deutsche Ausfuhr unter Kontrolle zu nehmen, soll Lloyd George unter der Bedingung abgelehnt haben, daß die Alliierten kein Recht zu einer Einmischung in interne Angelegenheiten Deutschlands besäßen. Es verlautet, besonders General Foch bemühte sich darum, Briand scharf zu machen. Eine Nachgiebigkeit Englands erwarte man nur für den Fall des französischen Verzichtes auf seine bisherigen Angorapolitik, der Herabsetzung der französischen Heeresstärke und einer Einigung über das Flugwesen im Verhältnis der Flugzeuge von 1:1. — Großes Aufsehen erregt es in Paris, daß Belgien eine schroffe Haltung in der Frage der belgischen Priorität an den deutschen Zahlungen einnimmt. Man glaubt, Belgien wolle auf diese Weise im deutsch-belgischen Marxabkommen neue Zugeständnisse von Deutschland erzwingen.

Briands Wunsch nach einem neuen Allianzvertrag

Der Chefredakteur der „Daily Mail", Valentine Williams, hatte eine Unterredung mit Briand, welche Rückschlüsse auf die Politik gestattet, die Frankreich in Cannes verfolgen will.

Briand erklärte: „Der Schlüssel der ganzen europäischen Lage liegt in der „Sicherheit" Frankreichs. Ein Allianzvertrag zwischen Großbritannien und Frankreich, den letzteres anbot und erbat, den es aber nicht erhielt, wäre der beste Beweis, daß Frankreichs Schiffsbauprogramm niemals gegen den englischen Freund gerichtet sein kann. Diese Erörterung könnte die Grundlage sein, auf welcher der Wiederaufbau Europas am besten durchgeführt werden könne." Williams fügte hinzu, daß Briand sich sehr über die Angriffe beklagte, die wegen Frankreichs Haltung in Amerika und England erfolgten. Er betonte die Notwendigkeit für Frankreich, Maßnahmen für seine „Sicherheit" zu ergreifen, wenn es sich auf seine eigenen Mittel verlassen müsse, da in der europäischen Lage noch einige unsichere Faktoren zu verzeichnen seien, wie die russische Armee von zwei Millionen Mann und die neuen Kreuzer, die Deutschland gemäß dem Versailler Vertrag zu erbauen ermächtigt sei, über welche bisher aber nichts Näheres bekannt sei. Williams fügt weiter hinzu, daß man sich in französischen politischen Kreisen lebhaft um gewisse Aufträge im Schiffsbau bekümmere, die gegenwärtig in Skandinavien durchgeführt werden. Außerdem spreche man davon, daß Deutschland die Möglichkeit besitze, unbewaffnete Unterseeboote zu erbauen. Briand schloß die Unterredung mit den Worten: „Zunächst sollte ein enger Allianzvertrag zwischen Großbritannien und Frankreich geschlossen werden. Diesem könnten sich Italien und andere Alliierte anschließen, und zwar vielleicht in der Form des Abkommens über den Stillen Ozean. Aber der französisch-englische Vertrag müßte der Kern und die Grundlage aller dieser Verträge sein."

Eine Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland.

Aus der Umgebung Rathenaus will die „Chikago Tribune", die außerdem nicht den Ruf der Zuverlässigkeit beanspruchen kann, erfahren haben, daß die Pläne für das internationale Konsortium vor dem Obersten Rat von Rathenau erörtert werden würden. Rathenau würde auch ein neues deutsches Angebot für die Wiederherstellungszahlungen vortragen. Danach würde Deutschland den Alliierten Material im Werte von 1½ Milliarde Goldmark jährlich anbieten, womit die bisher vorgeschriebenen Zahlungen von 2 Milliarden Goldmark jährlich entfielen. Die Deutschen würden anregen, daß diese Materiallieferungen zunächst während dreier Jahre erfolgen sollten.

Das Blatt fügt hinzu, daß man in französischen offiziellen Kreisen erkläre, das neue Konsortium würde eine Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland schaffen, wodurch Frankreich verhindert würde, irgendwelche radikalen Maßnahmen gegenüber Deutschland in der Wiederherstellungsfrage zu ergreifen. Das Blatt erklärt ferner, daß Frankreich und Japan sich bereits gegen den Plan des Konsortiums zur Wiederherstellung Rußlands ausgesprochen hätten. Die japanischen Finanzsachverständigen, die an den Sitzungen auf dem Quai d'Orsay teilnahmen, hätten ungünstige Berichte nach Tokio gesandt, weil sie in dem vorgeschlagenen Plan für die Schaffung des Konsortiums verschiedene Lücken entdeckten. Millerand, Briand und das ganze französische Kabinett hielten von dem Plane nichts. In französischen und japanischen offiziellen Kreisen werde erklärt, daß der Plan die Anerkennung der Sowjetregierung zur Folge hätte, weil nur diese in der Lage wäre, die von dem Konsortium geforderten Garantien zu geben. Niemand sei aber heute gewillt, diese Anerkennung tatsächlich durchzuführen.

In einer weiteren Mitteilung, die insofern in vollem Widerspruch zu der oben wiedergegebenen steht, als dort wegen des französisch-japanischen Widerspruches — der ganze Plan als gescheitert angesehen werden muß, behauptet der Chefredakteur der „Chikago Tribune", daß entgegen früheren Meldungen nunmehr in Aussicht genommen sei, das Konsortium auf Dollar-Grundlage zu errichten, weil zwischen Franzosen und Engländern keine Einigung darüber zustande kommen konnte, ob die Zeichnungen in Pfund Sterling oder in Franken erfolgen solle. Eine doppelte Währung einzuführen, soll aber unbedingt vermieden werden. Erfahrene Finanziers treten demnach für den Dollar ein, weil die Vereinigten Staaten dadurch zur Teilnahme am Konsortium beeinflußt werden könnten und weil man überzeugt sei, daß ohne die amerikanische Hilfe der ganze Plan ins Wasser fiele. Außerdem sei die amerikanische Valuta der normalen Valuta am nächsten. Die Engländer kämpften aber weiter dafür, daß die Zeichnungen in Pfund erfolgen, weil dadurch die Hauptbedeutung des Valutamarktes wiederum von Neuyork nach London zurückkehren könnte. Das Prestige des Bundes würde wachsen und außerdem auch Zweigbanken in Rußland, Oesterreich, Ungarn und anderen Ländern mit entwerteter Valuta auf der Pfundgrundlage errichtet werden könnten.

Zusammenkunft Briands mit Curzon.

(TU) Ueber die Abreise Briands von Paris wird noch berichtet, Lord Curzons Zug lief in den Bahnhof ein, von dem Briand abfahren sollte. Curzon begab sich in Briands Wagen, worauf Briand seinen Zug einige Minuten halten ließ und sich mit Curzon unterhielt. Beide Minister verabredeten eine Zusammenkunft, die in Cannes stattfinden wird.

Fortsetzung der Deutschenhetze.

(TU) Bei dem Neujahrsempfang in der französischen Gesandtschaft in Brüssel hielt der französische Gesandte eine Rede, in der er den Wunsch äußerte, daß die so sehr gewünschte französisch-belgische ökonomische Entente möglichst bald zustande kommen möchte. Ueber das Verhältnis zu Deutschland sagte der Gesandte, daß niemand den Ernst der Lage unterschätze. Es sei sich jedermann der Gefahr bewußt, die Belgien und Frankreich von Deutschland droht. Die Lage sei in Wirklichkeit tatsächlich mit der im Jahre 1914 identisch.

Warum wird Frankreich gehaßt.

(W) „Ere Nouvelle" schreibt: Die deutsche Presse hat ehemals vor 1914 die Gewohnheit gehabt, von Zeit zu Zeit die Frage zu erörtern: „Warum haßt man uns?" Leider müsse heute Frankreich diese Frage sich selber stellen, denn es hat die wenig beneidenswerte Nachfolge Deutschlands angetreten und sei die Zielscheibe der feindseligen Gefühle der Welt. Diese allgemeine Unzufriedenheit sei zum größten Teil einer Lage zu verdanken, für die die Franzosen nicht verantwortlich wären. Aber es wäre höchst ungerecht, zu vergessen, daß auch Frankreich einigen Anlaß habe, zu sagen: „Mea culpa!" Imperialistisch sei es allerdings nicht, aber die Artikel eines großen Teiles der mit engherzigem nationalen Geiste getränkten französischen Presse beunruhige die Welt. Wird der nationalistische Block, so fragt das Blatt, jemals das Unheil einsehen, das seine Fanfaren gebracht haben?

Neuwahlen in England?

(TU) Nachrichten über Pläne, im Februar allgemeine Neuwahlen stattfinden zu lassen, gehen in der englischen Presse um. Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle" sagt, daß Lloyd George nach seiner Rückkehr sich über die Lage unterrichten werde. Man glaubt, daß er dann zu dem Entschluß kommen wird, dem König zu raten, das Parlament aufzulösen. In diesem Falle würden allgemeine Wahlen innerhalb sechs Wochen, ja sogar schon Ende Januar stattfinden können.

Zur Verhaftung eines Abteilungsdirektors der Reichstreuhandgesellschaft.

(W) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Einige Blätter benutzen die Verhaftung des Abteilungsdirektors der Reichstreuhandgesellschaft Franz Norvilius mit allerlei Verdächtigungen gegen einen sehr hohen Reichsbeamten und das Reichsschatzministerium zu erheben. Die Freiheit, die diese Verdächtigungen übernommen hat, spricht sogar geschmacklos von einem Zuhälter in hohen Reichsstellen. Behauptet wird, Norvilius sei Anfang 1917 im Reichsschatzministerium beschäftigt gewesen. Während dieser Zeit habe er seine jetzige Frau zu gewerbsmäßiger Unzucht verleitet. Mehrere Herren, die das schändliche Treiben beobachtet hätten, hätten seinem vorgesetzten Ministerialdirektor von diesen Dingen in Kenntnis gesetzt und Norvilius der Zuhälterei beschuldigt. Trotzdem sei Norvilius weiter im Reichsschatzministerium verblieben und auf Empfehlung dieses Ministeriums später in das Reichsverwertungsamt übernommen worden. Richtig ist, daß Norvilius am 1. 12. 1918 in das damals ins Leben gerufene Reichsverwertungsamt eintrat. Das Reichsschatzministerium ist erst bei Bildung der ersten konstitutionellen Regierung im Februar 1919 geschaffen worden. Es ist also unsinnig, wenn behauptet wird, daß Norvilius seit Anfang 1917 im Reichsschatzministerium tätig war. Als das Reichsverwertungsamt gebildet wurde, um die gewaltigen Vorräte an Heeresgut zu erfassen und zu verwerten, bewarb Norvilius sich um eine Stelle in diesem Amt und wurde von dem damaligen Leiter eingestellt, weil er überaus günstige Zeugnisse und Empfehlungen aufweisen konnte. Am 1. April 1920 übernahm die Reichstreuhandgesellschaft die Aufgaben des Reichsverwertungsamtes, wobei der größte Teil des im Reichsverwertungsamt beschäftigten Personals übernommen wurde. Da über die Tätigkeit des Norvilius im Reichsverwertungsamt in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 31. März 1920 nur Günstiges bekannt war und da er mit allen Zweigen des komplizierten Rechnungswesens vollständig vertraut war und als durchaus zuverlässig angesehen wurde, übernahm ihm die Reichstreuhandgesellschaft als Leiter des Rechnungs- und Buchhaltungswesens. Eine Verfügung über Warenbestände und Bargeld war mit seiner Stellung nicht verbunden. An seiner Gewissenhaftigkeit ist niemals ein Zweifel entstanden, umso weniger, als die fortlaufenden Kontrollen und Revisionen der Buchhalterei zu Beanstandungen keinen Anlaß gaben. Aus Anlaß der in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen das Privatleben des Norvilius belastenden Mitteilungen hat sich der Vorstand der R. T. G. veranlaßt gesehen ihn sofort vom Dienst zu suspendieren und erneut gründliche Kontrolle seiner Geschäftsführung zu veranlassen. Bisher hat die Revision nichts Belastendes ergeben. Ueber das private Leben des Norvilius war bislang der Direktion der R. T. G. nichts Nachteiliges bekannt. Insbesondere hat sie keinerlei Veranlassung gehabt, anzunehmen, das Norvilius Aufwendungen gemacht habe, die in Widerspruch zu seinem Diensteinkommen gestanden hätten. Angesichts dieses Tatbestandes sind die Verdächtigungen gegen den vorgesetzten Ministerialdirektor als mehr als Leichtfertig zu bezeichnen. Der Ministeraldirektor, auf den sich diese Anschuldigungen beziehen könnten, ist später als Norvilius, nämlich erst im Februar 1919 in das Reichsverwertungsamt eingetreten und hat erst zu diesem Zeitpunkt Norvilius kennen gelernt.

Gewerbliche Nebenarbeit von Bergleuten.

Der preußische Handelsminister nahm zu einer Anfrage Mohrbutter im Landtage wie folgt Stellung:

Die Ausübung einer gewerblichen Nebenbeschäftigung durch Bergleute außer Schichtzeit ist in hohem Grade unerwünscht, da sie die Existenz des gewerblichen Mittelstandes gefährdet. Die Werkverwaltungen haben aber auch selbst ein Interesse daran, solche Nebenarbeiten auf ein Mindestmaß zu beschränken, einmal weil die für unsere Gesamtwirtschaft so außerordentlich wichtige Leistungsfähigkeit der Bergleute hierdurch verringert wird, sodann auch weil die Gefahr besteht, daß das Material für jene Nebenarbeiten aus den Werkbeständen entnommen wird. Demgemäß hat die Berginspektion am Deister im Einverständnis mit dem Betriebsrat schon im April dieses Jahres den Grubenhandwerkern und Maschinisten verboten, ihr Handwerk für Private auszuüben. Auch die Bergarbeiter-Organisationen stehen im allgemeinen der Uebernahme von Nebenarbeiten durch die Bergleute nach der Schicht ablehnend gegenüber, weil sie hiervon eine Gefährdung des Acht- bezw. Siebenstundentages befürchten. Es soll daher versucht werden, die in der Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau vertretenen Organisationen zu einem Vorgehen gegen diesen Mißbrauch im Wege der Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Tarife oder Arbeitsordnungen bezw. der Verschärfung bereits bestehender derartiger Vorschriften zu gewinnen. Die Schwierigkeit liegt in der richtigen Umgrenzung des Begriffs der unerlaubten Nebenarbeit und in der Ueberwachung der Befolgung der zu erlassenden Verbote. Erfolg verspreche ich mir im wesentlichen nur von tariflichen Vereinbarungen und der Beeinflussung der Arbeiter durch ihre Organisationen, nicht von einem von mir zu erlassenden Verbot, dessen Rechtsgültigkeit und Durchführbarkeit führbarkeit zweifelhaft sein würden.

Um die Wiedervermählung Kaiser Wilhelms.

(TU) Der Generalbevollmächtigte Kaiser Wilhelms, Wirkl. Geheimer Rat v. Berg, bittet die Telegraphen-Union um die Verbreitung folgender Mitteilung: Die in der letzten Zeit aus der ausländischen Presse von deutschen Blättern übernommenen Gerüchte über eine beabsichtigte Wiedervermählung Kaiser Wilhelms II. sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Diesen unsinnigen Gerüchten kann nur eine böswillige Absicht zugrunde liegen.

Beschuldigungen gegen den österr. Finanzminister.

(TU) Im Wiener „Mittag" beschuldigt der großdeutsche Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Warnecke, den Finanzminister Gürtler der vorsätzlichen und bewußten vorzeitigen Unterrichtung eines engeren Kreises von Personen des Finanzministeriums und des Nationalrates, sowie eines Karlsten und sämtlicher Wiener Großbanken über die von ihm geplanten verschiedenen steuerlichen Maßnahmen und Spekulationszwecken. Er behauptet, daß die von dem Finanzminister begünstigten Personen bei diesen Spekulationen in den letzten Tagen Milliarden verdient haben.

Tagesereignisse.

— **Zu der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten** erfährt die Deutsche Allg. Zeitung, daß die Reichstagsfraktionen vorläufig noch nicht beabsichtigt haben, auf eine Entscheidung in dieser Frage zu dringen, solange nicht die Gesetzesvorlage über den Volksentscheid verabschiedet worden ist. Ueber die Frage einer geeigneten Kandidatur hat trotz vielfacher Bemühungen bisher eine Einigung nicht erzielt werden können, sodaß vorläufig kaum mit einer Neuwahl des Reichspräsidenten zu rechnen sein dürfte.

— **Der Organisationsausschuß der Reichsbahn** teilt mit: Der Organisationsausschuß der Reichsbahn, in dem unter dem Vorsitz von Staatssekretär Kumbier Vertreter der Verwaltung und Großorganisationen die Neugestaltung der Organisation der Reichsbahn beraten, hat in seiner letzten Sitzung den Entwurf zum Reichsbahnfinanzgesetz behandelt und bezüglich des die Beamtenfragen betreffenden Teile des Gesetzentwurfes sich dahin ausgesprochen, daß die Notwendigkeit einer selbständigen Betriebsverwaltung auch eine selbständige Gestaltung der Besoldungsbehörden der Reichsbahnbeamten erfordere. Es sei unerläßlich, daß die deutsche Reichsbahn als selbständiges Wirtschaftsunternehmen in der Gestaltung der Besoldungsordnung und Besoldungsvorschriften unabhängig von der für die übrigen Hoheitsverwaltungen erforderlichen Regelung behandelt werden.

— **Die Eisenbahndirektion Berlin** teilt mit: Von Mittwoch, 4. Januar, ab fallen die Züge D 32 Berlin, Anhalter Bahnhof, ab 8.30 Uhr vormittags, und D 33 Berlin, Anhalter Bahnhof ab 10.58 Uhr nachmittags, zwischen Erfurt und Berlin aus. Reisende nach Stutigart—Ludwigshafen und Kissingen müssen von Berlin bis Erfurt den D-Zug 42 Berlin, Anhalter Bahnhof, ab 8,45 Uhr vorm., benutzen.

— **Die allgemeine Gütersperre** für den Bezirk Essen wird aufgehoben. Ferner wird aufgehoben die Annahmesperre nach den Bahnhöfen Hamburg, Harburg, Wilhelmsburg und mit Leitung über diese Bahnhöfe und über Langenfelde. Dagegen wird eine Sperre angeordnet für Eilgut-, Fracht- und Stückgutladungen nach und durch die Bezirke Elberfeld und Köln. Ausgenommen von der Sperre sind Kohlen- und Kaliladungen.

— **(Neuregelung der Beamtengehälter.)** Für die bevorstehenden Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtengehälter hat der Reichsbund der höheren Beamten Vorschläge ausgearbeitet, die die gesamte Beamtenbesoldung auf eine neue Grundlage stellen soll. An Stelle der bisherigen Systemlosigkeit in der Besoldung der verschiedenen Gruppen, die immer wieder Anlaß zu Streitigkeiten zwischen den einzelnen Beamtenkategorien gegeben hat, wird hier ein System aufgestellt, das auf der Grundlage des Existenzminimums einen prozentual gleichmäßig gestaffelten Aufbau aller Besoldungsgruppen vorsieht.

— **(Der Wortlaut des Beleidigungsparagraphen.)** Halbamtlich wird der Wortlaut des Beleidigungsparagraphen, der bisher als Gesetz zum Schutze der Republik bezeichnet wurde, mitgeteilt. Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500 Mark und auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden. Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatshauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder solche anstrebt.

— **(Das Tragen politischer Abzeichen verboten.)** Das sächsische Kultusministerium teilt mit, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung herauskommen werde, die das Tragen von Abzeichen politischer Parteien und Gruppen in allen Schulen, auch in den Hochschulen verbietet. In Vorbereitung sind ferner Vorlagen über die endgültige Regelung der Ausgaben der persönlichen Schullasten durch den Staat und über die Lehrerbildung und über die völlige Umgestaltung des höheren Schulwesens nach modernen Grundsätzen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 4. Januar. **(Verschiedenes.)** Vom 1. Januar an wird **beim Verkauf der Freimarken in Rollen** ein den Selbstkosten der Postverwaltung entsprechender Zuschlag von 1 Mark für jede Rolle mit 500 Marken in einfarbigem Druck und von 1 Mark 50 Pfg. für solche Rollen mit zweifarbigem Druck erhoben.

(Die Milchnot.) Von der Landwirtschaftskammer in Münster wird uns geschrieben: Nachdem bereits die durch die lange Dürre hervorgerufene Futtermittelnot, sowie die Maul- und Klauenseuche und ihre Folgeerscheinungen die Milchversorgung schwer beeinträchtigten, droht neuerdings der tiefe Stand unserer Valuta und die dadurch hervorgerufene außerordentliche Preissteigerung für Auslandsfette unsere Milchversorgung der Katastrophe entgegenzuführen. Zufolge der hohen Preise für ausländische Futtermittel hat die Fütterung der Milchkühe vielfach eine erhebliche Einschränkung erfahren, die mit den ausländischen Rohstoffen gestiegenen Margarinepreise begünstigen den wilden Butteraufkauf, die steigenden Butterpreise und das Verbuttern der unentbehrlichen Milch. In allen Teilen Preußens und nicht zuletzt in Westfalen klagen daher die Molkereien und Städte über eine geringere Milchablieferung, die den normalen Ertragsrückgang im Herbst und Winter erheblich überschritten hat. Der Milchmangel ist heute größer denn je, gestattet vielfach nicht mehr, die den Kindern, Frauen und Kranken notwendigste Milchration zu verabfolgen und droht die schlimmsten Folgen zu zeitigen, wenn es nicht gelingt, die mehr und mehr versiegenden Milchquellen wieder reichlicher fließen zu lassen. Die landwirtschaftlichen Vereine werden daher dringendst gebeten, in ihren Versammlungen auf die herrschende Milchnot und die infolgedessen drohenden Gefahren hinzuweisen und nachdrücklichst auf ihre Mitglieder dahin einzuwirken, zwecks Linderung der Milchnot und Vermeidung neuer Zwangsmaßnahmen alle im eigenen Haushalt nicht benötigte Milch zur notwendigsten Versorgung unserer Kinder, Frauen und Kranken abzuliefern.

Ab 1. Januar 1922 treten folgende **neue Fettkartenpreise auf der Reichseisenbahn** in Kraft: 1. Klasse 200 Mk., 2. Klasse 100 Mk., 3. Liegewagen 60 Mk. Die Vormerkgebühren werden erhöht auf 1. Klasse 20 Mk., 2. Klasse 10 Mk., 3. Klasse 6 Mk.

Bei der **Gewinnverlosung für die Sparprämienanleihe** wurde der Hauptgewinn in Höhe von 1 Million Mark gezogen. Er fiel auf Gruppe 2475 Nr. 23.

Die Gewerbesteuer-Wahlen der 3. Klasse finden am morgigen **Donnerstag**, vormittags 10 Uhr, in Hamm im Finanzamt, Brückenstraße, statt. Die Gewerbesteuerpflichtigen der 3. Klasse werden dringend ersucht, an dieser Wahl teilzunehmen. Abfahrt von Kamen 8.30 Uhr.

Der Vorstand des hiesigen Handwerker-Ausschusses schreibt uns: Mit recht gemischten Gefühlen dürften die Angehörigen der Erwerbsstände, soweit sie dem Handwerk, dem Handel und Gewerbe und der Industrie zuzuzählen sind, den nächsten Monaten des neuen Jahres entgegensehen. Denn was man auch sonst von dem nun hinter uns liegenden Jahre 1921 sagen mag, — in steuerlicher Beziehung zeichnete es sich vor allen anderen insofern aus, als so gut wie gar keine Steuern und Abgaben erhoben wurden. Jetzt nun wird das sogenannte „dicke Ende" nachkommen und denen eine böse Ueberraschung bereiten, die etwa auf einen Steuerverzicht gehofft hatten. Die Unzulänglichkeit unseres Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparates erwies sich im verflossenen Jahre in einem bisher noch nie in Erscheinung getretenen Ausmaße und erst die letzten Wochen ließen eine Verständigung bei der Steuergesetzgebung heranreifen. Man wird also damit zu rechnen haben, daß in aller Kürze und mit verdoppeltem Eifer die rückständigen Steuern des Vorjahres hereingeholt werden. Vorerst aber wird sich die Geschäftswelt auf die Umsatz- und Luxussteuererklärungen einzustellen haben, die bis zum 31. ds. Mts. erfolgen müssen. Die Zahlungsaufforderung bezügl. der Gewerbe-, Grund-, Gebäude- und Betriebssteuern, sowie die Zustellung der Einkommensteuerbenachrichtigung dürfte ebenfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es kann deshalb den beteiligten Kreisen nicht dringend genug empfohlen werden, beizeiten Vorsorge zu treffen und die fälligen Beträge verfügbar zu halten, da längere Zahlungsfristen diesesmal wahrscheinlich nicht zu erwarten sind. In diesem Zusammenhange sei noch erwähnt, daß in den nächsten Tagen, und zwar am Donnerstag, den 5. Januar, morgens 10 Uhr, in Hamm die Wahl dreier Mitglieder für die Gewerbesteuer-Einschätzungskommission anberaumt ist. Von der Zusammensetzung dieser Kommission hängt es im wesentlichen ab, ob die im Vorjahre so stark bemängelten irrigen und ungerechten Einschätzungen — wir erinnern nur an die beiden großen Protestversammlungen im Niederschen Lokale — in Zukunft vermieden werden. Wer es unterläßt, sich an dieser Wahl zu beteiligen, darf sich nachher nicht über zu hohe Gewerbesteuersätze beklagen.

Das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über **Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte** vom 23. Juli 1921, welches der Reichstag in seiner Sitzung vom 19. November Rds. Js. beschlossen hat, sieht in den Artikeln 2 und 5 Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung vor. Die Entscheidung über die Befreiungsanträge sind seitens der Reichsversicherungsanstalt den Ausgabestellen der Angestelltenversicherung, in Hörde das Versicherungsamt, übertragen. Die Versicherten haben sich daher bei Befreiungsanträgen an die letztgenannte Stelle zu wenden. Für die Befreiung kommen nur in Betracht Lebensversicherungsanträge; zu den Lebensversicherungsunternehmungen gehören auch die Werkspensionskassen. Voraussetzung für die eigene Beitragsbefreiung ist, daß bis einschließlich 10. Juni 1921 bei öffentlichen oder privaten Lebensversicherungsunternehmungen der Abschluß eines Versicherungsvertrages beantragt worden ist und der Jahresbetrag der Beiträge für diese Versicherung einschließlich der Beiträge für etwaige Nachversicherungen, die hierzu bis einschließlich zum 31. Dezember 1921 beantragt werden können, am Tage des Befreiungsantrags mindestens dem Beitragsanteil gleichkommt, den die Angestellten entsprechend ihrem Jahresarbeitsverdienste nach dem Gesetz über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 23 Juli 1921 zu tragen hätten. Der Antrag muß bis zum 31. Januar 1922 bei der Ausgabestelle gestellt sein. Lehnt diese den Antrag ab, so entscheidet auf einen innerhalb eines Monats gestellten Antrag die Reichsversicherungsanstalt. Dem Antrag ist der Versicherungsschein beizufügen. Die Befreiung wirkt vom 1. August 1921 ab.

Dortmund, 3. Jan. **(Verschiedenes.)** Am Samstag Abend gegen 7½ Uhr wurde der Bäcker Otto Kleinert, Dortmund-Eving, Hessische-straße 171 wohnhaft, auf der Derner Straße von einem Motorwagen der Straßenbahnlinie 11 überfahren und sofort getötet. Kleinert wurde auf bisher nicht geklärte Weise von dem Straßenbahnzuge niedergerissen. Er kam unter die Räumer des Straßenbahnwagens, die ihm den Schädel eindrückten. — Am Silvester-Nachmittag wurden der Firma Gebrüder Klöckner, Inhaber Fritz Klöckner, hier, aus ihrem Magazin zehn Automobildecken mit Schlauch und Felgen, Größe 935×150 und 935×135, entwendet.

(W) **Herne**, 2. Jan. **(Arbeitsaufnahme.)** Auf Zeche Mont Cenis, Schacht X/III, wo die Belegschaft am Freitag in den Ausstand getreten ist, sind zweidrittel der Belegschaft bereits am Samstag, der Rest heute wieder eingefahren. In einer Belegschaftsversammlung hatten sich die Vertreter des allgemeinen und christlichen Bergarbeiterverbandes entschieden gegen den wilden Streik ausgesprochen. Ein großer Teil der Belegschaft hat nur gezwungen an dem Ausstand teilgenommen, da er an der Einfahrt verhindert wurde. Die Entlassung der beiden Betriebsrätemitglieder bleibt bestehen. Die Zechenverwaltung hat sich verpflichtet, für die Einstellung der Entlassenen in einen Baubetrieb Sorge zu tragen.

Bochum, 2. Januar. **Die 36. Tagung des katholischen Lehrerverbandes** wurde hier unter sehr zahlreicher Beteiligung eröffnet. Linhoff-Dortmund besprach den Stand der Besoldungsfrage. Der kath. Lehrerverband Westfalens hält nach wie vor an seiner Forderung fest, daß die Gehälter der Volksschullehrer denen der akademisch gebildeten Lehrer möglichst genähert, die Lehrer daher in die Gehaltsgruppen eingeordnet werden, die der Gehaltsgruppe, in der sich die höheren Lehrer befinden, unmittelbar vorausgeht. Besonders wendet sich der kath. Lehrerverband Westfalen gegen die Beschäftigung der verheirateten Lehrerinnen. Lehrer Weber-Bochum sprach über: „Die Stellungnahme der kath. Lehrerschaft zur neutralen Lehrergewerkschaft" in durchaus ablehnendem Sinne. Der anwesende Bischof Dr. Klein von Paderborn wandte sich mit einer überaus herzlichen und bedeutungsvollen Ansprache an die Versammlung, in der er, von dem Worte „Für Gott und Vaterland" ausgehend, in scharf umrissenen Zügen Aufgabe und Bedeutung der Arbeit des katholischen Lehrers und des kath. Lehrerverbandes, dem er seine höchste Anerkennung zollte, darlegte. Professor Dr. Siegfried Behr nahm das Wort zu seinem Vortrag: „Katholischer Idealismus der Tat und die katholische Lehrerschaft". Im weiteren Verlauf der Versammlung war man über die Stellung der Regierung zur Frage der Vergütung eines nebenamtlichen Fortbildungsschulunterrichts ungehalten. Für die Ueberstunde wurde ein Mindestsatz von 25 Mark gefordert. Die Allgemeinbildung soll sich der Lehrer auf einer höheren Lehranstalt, die Fachausbildung auf einer Universität erwerben. Unter den angenommenen Anträgen sind hervorzuheben der, der den tatkräftigen Kampf gegen Schmutz und Schund und die schleunige Schaffung eines Gesetzes zur Bekämpfung von Schmutz und Schund verlangt, und der Antrag Gelsenkirchens, daß der Staat als Arbeitgeber auch den Lehrern zu Siedlungsbauten außer den allgemeinen Zuschüssen noch besondere Bauzuschüsse gibt, wie sie Reich und Länder ihren Beamten gewährt haben; es soll ferner die Frage endlich geklärt werden, ob der Lehrer mittelbar oder unmittelbar Staatsbeamter ist. Schließlich wurden nach ausführlichen Vorträgen über die Grundschule und über die kollegiale Schulleitung sieben Forderungen für den letzten Gegenstand aufgestellt und angenommen.

? **Gladbeck**, 4. Jan. **(Enttäuschte polnische Arbeiter.)** Von der französischen Bergbauindustrie sind polnische Arbeiter für Bergwerksanlagen im Departement Toul angeworben worden, und verschiedentlich haben solche Leute die hiesigen Bergwerke verlassen, um sich in die französischen Bruderarme zu werfen. Sie kommen schwer enttäuscht zurück. Drei Polen, die jahrelang auf einer hiesigen Zeche gearbeitet haben, sind im September ds. Js. von französischen Werbern angenommen und in das Departement Toul geschickt worden. Nicht nur, daß man sie dort miserabel behandelt hat und ihnen die gesamten Löhne für die Verpflegung vorenthielt, man hat sie auch verprügelt und schließlich aus der Arbeitsstelle geworfen. Alle drei Leute haben durch ihre Ausweispapiere nachgewiesen, daß ihre Angaben auf Wahrheit beruhen. Einer von ihnen, der als Kriegsbeschädigter eine Rente bezog, mußte besonders schwer leiden, da man ihn als verhaßten Gegner zuerst hinausgeworfen hat.

(bu) **Bottrop**, 4. Jan. **(Ein netter Kavalier.)** In einem hiesigen Kaffeehause ereignete sich ein Vorfall, der ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Durchschnittstyp des modernen Kavaliers wirft. Gegen Abend hatte ein junger Mann mit einer Dame in einem lauschigen Winkel Platz genommen und „eröffnete" eine regelrechte Kneiperei, verbunden mit der dazu gehörigen Zufuhr an Torten u. dergl. Als die Rechnung sich immer höher schraubte, mußte dem jungen Mann wohl die Erleuchtung gekommen sein, daß er die Rechnung nicht begleichen konnte. In dieser argen Verlegenheit griff er nun zu einem Trick: Er entfernte sich unter dem Vorwande, daß er noch ein dringendes Telephongespräch zu führen habe. Da die Dame dem Herrn vertraute, erblickte sie auch in diesem Vorwand keinen besonderen Grund zum Zweifel. Der junge Mann jedoch ließ sich nicht mehr sehen, sodaß die Dame ihre Uhr, ihren Pelz und Muff als Pfand zurücklassen mußte, da auch sie die Rechnung nicht bezahlen konnte.

(E) **Von der holländischen Grenze**, 4. Jan. **(Beschlagnahmte Schmuggelware.)** Im Laufe des Monats Oktober wurden von den sogen. fliegenden Kolonnen der Landespolizei im Bezirke Kaldenkirchen für etwa 740 000 Mk. Waren und rund 600 000 Mark an Geld, das über die Grenze geschmuggelt werden sollte, beschlagnahmt. Im November wurden diese Beschlagnahmen übertroffen. Ausländer, die mit Waren, die nicht ausgeführt werden dürfen, angetroffen werden, müssen zur Sicherung der Strafverfolgung den dreifachen Wert der Waren hinterlegen und eine bestimmte Summe zur voraussichtlichen Deckung der Kosten. Wer das nicht kann, wird sofort dem Strafrichter vorgeführt.

(TU) **Düsseldorf**, 3. Jan. **(Betriebseinstellung wegen Kohlenmangels.)** Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik A.-G. in Düsseldorf hat wegen Mangels an Kohlen den Betrieb stillegen müssen. Der Kohlenmangel ist nur zum Teil auf den Eisenbahnerstreik zurückzuführen, da schon vorher die Kohlenversorgung eine ungünstige war. Voraussichtlich wird das Werk, das gegen 15 000 Arbeiter beschäftigt, gezwungen sein, seinen Betrieb noch mehr einzuschränken. — Auch bei der A.-G. Gebr. Schöndorff in Düsseldorf befürchtet man neuerdings Betriebseinschränkungen wegen Kohlenmangels, nachdem erst vor kurzem 2000 Arbeiter entlassen werden mußten.

** **Koblenz**, 31. Dez. **Im Ahrtal** steht der Bau einer Talsperre mit einem Kostenaufwand von 320 Millionen Mark unmittelbar bevor. Der Hauptzweck dieser geplanten Talsperre ist, einen Schutz gegen Hochwasser zu schaffen, den das Ahrtal bitter nötig hat. Es ist eine Sperrung des Trierbachs, des Hauptniederschlagsgebiets der Ahr, geplant. Dort werden 186 Hektar Wald und Wiesen in die Sperre eingezogen. Die Staumauer wird 51 Meter hoch, die Staubreite wird durchweg 1 Kilometer betragen, die Staulänge 6 Kilometer. Außer dem Staubecken am Trierbach ist noch eine kleinere Stauung geplant, die 14 Hektar Gelände beansprucht, eine Staulänge von 1,6 Kilometer hat und eine Staumauer von 9,50 Meter bekommen soll. Von dort aus wird das gestaute Wasser durch Stollen in ein Kraftwerk geleitet werden, das außerhalb Schuld projektiert ist.

! **Trier**, 4. Jan. **(Zwei Schweine für 20 000 Mark.)** Die Gutsverwaltung Sieveniche Hof verkaufte an einen Viehhändler zwei Schweine zum Preise von zusammen 20 000 Mark. Die Schweine waren 21 Monate alt und hatten zusammen ein Lebendgewicht von 1138 Pfund.

Die Gewerkschaften über die Kruppsche Arbeiteraktie.

Die Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu dem Vorhaben der Firma Krupp, Aktien an Werksangehörige auszugeben. Ein Referent vom Bund der technischen industriellen Beamten meinte, es werde zu keiner gesunden Entwicklung der Wirtschaft führen, wenn ein Teil der Werksangehörigen sich nun ebenfalls als „Mitbesitzer" fühle. Die Wirkung der Gewinnbeteiligung der Werksangehörigen würde sein, daß die Arbeiterschaft ihr eigner Antreiber würde. Der Betriebsrat, der Angestellten- und Arbeiterrat der Firma Krupp in Essen nahm zu der Frage mit 28 gegen 23 Stimmen folgende Entschließung an:

Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer aus Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilunternehmer angesehen werden. Dadurch werden Interessengegensätze geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen, und das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Klassen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben innehaben müßten, noch mehr gefährden. Wir müssen daher gemäß unserm Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeiterschaft entsteht, den von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.

Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hieß die Entschließung der Gruppenräte der Firma Krupp gut und machte sie zu der ihrigen.

Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gesamtverbandes der christlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften hatten nach Rücksprache mit der Gewerkschaftsführung eine andre Entschließung eingebracht, in der zunächst bedauert wird, daß die Firma Krupp nicht vor der Veröffentlichung ihres Planes mit den Vertretern des Betriebsrats die Angelegenheit erörtert habe. Dann heißt es:

Bei richtiger Inangriffnahme und zweckentsprechender Beteiligung der Arbeitnehmerorganisationen erscheint uns der neue Versuch, die Arbeitnehmer durch Aktien an der Wirtschaft zu beteiligen, als immerhin bedeutsam und daher reiflicher Prüfung wert. Der von der Friedr. Krupp A.-G. veröffentlichte Treuhandvertrag und die Satzungen der Kruppschen Treuhand sind jedoch in der vorliegenden Form unannehmbar und müßten in wesentlichen Punkten umgeändert werden. Insbesondere ist die Voraussetzung einer fünfjährigen Werkszugehörigkeit für die Mitgliedschaft bei der Treuhand abzuweisen. Ferner müßte die Vertretung der Arbeitnehmeraktien im Aufsichtsrat der Firma, in der Hauptversammlung und in der Treuhand auch Nichtwerksangehörigen durch die Satzung ermöglicht werden. Weiter bergen die Treuhandsatzungen erschwerende Bestimmungen, die je nach Zusammensetzung des Vorstandes dem Treuhandmitglied die freie und offene Vertretung der Mitgliederinteressen unmöglich machen können. Bevor die Ausgestaltung der Werksaktien und die Satzung der Treuhand grundlegend im Sinne dieser vorläufigen Stellungnahme und durch Verhandlungen mit der Arbeitnehmervertretung geändert sind, vermag der Betriebsrat der Kruppschen Gußstahlfabrik den Werksangehörigen den Bezug der Vorzugsaktien nicht zu empfehlen.

Für diese Entschließung der Christlichen hatten 21, dagegen 28 gestimmt, zwei Mitglieder hatten sich der Stimme enthalten.

Die Arbeitslosenversicherung.

In der letzten Zeit hat eine Mitteilung Aufsehen erregt, wonach zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung durch Beiträge der Arbeitnehmer Kapital angesammelt werden solle. Dazu erklärt das Reichsarbeitsministerium, daß die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit den früheren Regierungen, mit der Nationalversammlung und dem Reichstag bemüht ist, die geltende Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung überzuführen. Sie hofft auf die Weise die verantwortlichen Teile der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der gesunden Reglung der Frage zu interessieren. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß das Wagnis einer Arbeitslosenversicherung für absehbare Zeit sich nur schwer errechnen läßt. Der Entwurf dieser Arbeitslosenversicherung, der den verschiedenen Interessenten vorgelegt wurde, sieht vor, daß der Aufwand der Versicherung im Wege des Umlageverfahrens durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt werden solle.

Der Entwurf hat eine sehr weitgehende Zustimmung erfahren. Der Allgemeine freie Angestelltenbund, die Afa, steht, soweit bis jetzt übersehen werden kann, mit seiner ablehnenden Haltung allein da. Es wird naturgemäß noch einige Zeit vergehen, bis der Entwurf den Reichsrat und den Reichstag durchlaufen haben wird. Daher ist der Gedanke aufgetaucht, die Beiträge im voraus zu erheben. Die Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mit denen deswegen verhandelt wurde, haben sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, wiederum mit alleiniger Ausnahme des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, unter der Voraussetzung, daß die Beiträge lediglich zu erheben seien, um die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern künftig zu zahlenden Beiträge in mäßigen Grenzen zu halten. Wenn die Afa sagt, es handelt sich hier um einen neuen Lohnabzug, so ist das nach der Versicherung des Reichsministeriums irreführend. Tatsächlich sollten die Beiträge als Zuschlag zu den Krankenkassenbeiträgen erhoben werden, und zwar in einer Höhe, daß sie, wie auch die Afa zuzugeben scheint, zahlenmäßig herzlich wenig ins Gewicht fallen. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz vorzulegen; sie würde es aber begrüßen, wenn aus der Mitte des Reichstags selbst die Anregung hierzu gegeben werden sollte. Die Reichsregierung ist nur bemüht, gewisse Unterlagen für eine solche Anregung zu schaffen. Das Reichsarbeitsministerium bestreitet, daß Artikel 161 der Reichsverfassung eine derartige Arbeitslosenversicherung ausschließe; es erläutert im Gegenteil den Sinn der Verfassung dahin, daß eine planmäßige Ausgestaltung einer solchen Versicherung geradezu vorgesehen sei.

Wo bleibt das Recht der Frau?

Berta Tegge, Berlin,
Vorstandsmitglied im Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.)

Der Rechtsausschuß des Reichstages sowie der Reichsrat haben den Antrag, die Frauen zum Richteramt zuzulassen, abgelehnt. Dieselbe Stellung hat der Richterstand in Leipzig eingenommen. — Diese Beschlüsse zeigen, daß trotz des Wahrspruchs von heute „Freie Bahn dem Tüchtigen" den Frauen das Recht, sich als freie Persönlichkeiten auszuwirken, beschnitten wird. Man sucht Gründe, die beweisen sollen, daß die Frau sich für den Richterberuf nicht eignet, ohne sich darüber klar zu sein, daß man ein Urteil über Fähigkeit und Unfähigkeit nur dann fällen kann, wenn positive Unterlagen oder Erfahrungen vorhanden sind, auf die man sich stützen kann. Man sollte doch endlich damit aufräumen, solche unverantwortlichen Eingriffe in das lebenswarme, lebenstüchtige und starke Wollen der sich ihrer Verantwortung bewußten Menschen, die unsere Frauen von heute sind, vorzunehmen. Voreingenommenheit und Bevormundung müssen der fortschrittlichen Auffassung von der Gleichheit der Geisteskräfte bei Mann und Frau weichen. Heute, wo jeder Mensch in voller Ausnutzung seiner Fähigkeiten der Volksgesamtheit zu dienen hat, dürfen überlebte Anschauungen nicht mehr den Sieg davontragen. Darum ist es zu begrüßen, daß denkende Frauen und einsichtige Männer mit aller Entschiedenheit gegen die gefaßten einseitigen Beschlüsse protestieren, indem sie einzig und allein den Leitgedanken des Rechtes jedes Menschen auf volle Auswirkung seiner Fähigkeiten verfolgen.

Bittere Ironie ist es, daß gerade die Richterkreise, die berufen sind, ein in jeder Beziehung unantastbares Recht zu schaffen, bei der Behandlung dieser Frage nicht vorurteilslos entscheiden. Auf Annahmen und Möglichkeiten hin kann man nicht ein so abschließendes Urteil fällen, das erst die Erfahrung zeitigen kann.

Es sei bei dieser Gelegenheit an die Kämpfe um die Zulassung der Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen erinnert. Seit 1918 haben immer wieder die Frauen und in Verbindung mit ihnen die männlichen Berufskollegen, mit Ausnahme eines bestimmten Kreises, versucht, auch für die Berufsgerichte die Erfüllung der in der Verfassung zugesagten Rechte herbeizuführen. Bis heute ist den Frauen noch immer nicht die Wählbarkeit für diese Aemter zugestanden.

Fürchtet man den weiblichen Einschlag bei der Rechtsprechung, der unbillige Härte mildern, dem Volksempfinden mehr Rechnung tragen könnte? Wir brauchen lebenswarme Richter, die auch an das Gute im Menschen glauben: Jedem soll die Gewißheit bei der Rechtsprechung werden, daß nicht nur Sühne verlangt, sondern daß durch sie auch der Wille zur Besserung geweckt wird. Gerade dazu mitzuhelfen darf den Frauen nicht verwehrt werden.

Inwieweit sich die Frauen zum Richteramte eignen oder nicht, das soll man getrost der Praxis überlassen; die gesunde Arbeitsleistung wird den Fähigkeitsbeweis antreten. Verachtetes Recht darf nicht gleich einer Krankheit seine Fasern um das gesunde Lebens- und Arbeitswollen schlingen. Uns Frauen gilt das Recht der freien Persönlichkeit, und dieses Recht nehmen wir für uns ohne Einschränkung in Anspruch, weil es zum Besten unseres Volkes und der Menschheit ist.

Das ist der Grundgedanke, der uns leitet, und die Triebfeder unserer Forderung. Darum erheben wir schärfsten Einspruch gegen Beschlüsse, die die gesunde Entwicklung unterbinden.

Ein hessischer Zentrumsminister über die Leistungen seiner politischen Freunde.

Man schreibt aus Hessen: Der hessische Justizminister und Zentrumsführer von Brentano di Tremezzo übergibt der Presse einen Mahnruf, der sich gegen Berlin richtet. Er verlangt für Hessen wieder aktive Politik und meint, es sei Pflicht der neuen Regierung, sich stärker gegen die unitaristischen Neigungen von Reichsvertretern einzusetzen, auch wenn solche Zentrumsangehörige sind. Er fährt dann fort: „Eine Großmannspolitik liegt uns fern. Wir sind uns völlig bewußt, nur ein kleines Land zu sein. Aber die eigentümliche Lage Hessens, die natürliche Verbindung des Deutschen Südwestens mit dem Norden, würde uns eine stärkere Bedeutung geben, als sie eine schwächliche Haltung der Regierung bis jetzt zugelassen hat. Unser Interesse verlangt Orientierung nach den übrigen süddeutschen Staaten und scharfe Ablehnung von preußischen Reichsbestrebungen, die in den Südstaaten lediglich „dunkle Flecken" auf der deutschen Landkarte erblicken. Müssen wir uns alles gefallen lassen? Es ist bekannt, wie oft sich die hessische Regierung über rücksichtslose Behandlung beschweren mußte.

...cherung.
...e Mitteilung
...tigung einer
...durch Bek-
...angesammelt
...Reichsarbeits-
...ng in Ueber-
...ierungen, mit
...em Reichstag
...lwesenfürsorge
...überzuführen.
...antwortlichen
...beitgeber an
...interessieren.
...ßt, daß das
...ung für ab-
...en läßt. Der
...cherung, der
...gelegt wurde,
...Versicherung
...urch Arbeits-
...en sollte.
...gehende Zu-
...te freie An-
...eit bis jetzt
...ablehnenden
...rgemäß noch
...ntwurf den
...aufen haben
...getaucht, die
...heben. Die
...und Arbeits-
...delt wurde,
...erstanden
...snahme des
...es, unter der
...lediglich zu
...Arbeitgebern
...lenden Bei-
...ten. Wenn
...um einen
...der Ver-
...hreführend.
...s Zuschlag
...den werden,
..., wie auch
...näßig herzu
...Die Reichs-
...ichstag ein
...e würde es
...des Reichs-
...ben werden
...ur bemüht,
...Anregung
...sterium be-
...ichsver-
...ttslosenver-
...gen-
..., daß eine
...chen Ver-

Frau?

...Angestellten-

...der Reichsrat
...nt zuzulassen,
...g in Leipzig
...ß trotz des
...schlagen" den
...auszwicken,
...weisen sollen,
...eignet, ohne
...über Fähigkeit
...positive Unter-
...die man sich
...können, solche
...me, lebens-
...wortung be-
...sind, vorzu-
...müssen der
...der Geistes-
..., wo jeder
...der Volks-
...Anschauungen
...zu begrüßen,
...mit aller
...schlüsse pro-
...gedanken des
...seiner Fähig-
...Richterkreise,
...stbares Recht
...nicht vor-
...lichkeiten hin
...len, das erst
...upfe um die
...nd Gewerbe-
...mer wieder
...männlichen
...Kreises, ver-
...der in der
...is heute ist
...t für diese
...der Recht-
...olksempfinden
...lebenswarme
...n glauben:
...ung werden,
...rch sie auch mit-
...den.
...eignen oder
...rlassen; die
...ls antreten
...seine Fessel
...ingen. Uns
...und dieses
...n Ausdruck,
...enheit ist.
...t, und die
...ie schärfsten
...kung unter-

über die Freunde.

...inistizminister
...go übergibt
...clin richtet.
...und meint,
...gegen die
...usetzen, auch
...dann fort-
...r sind uns
...Aber die
...indung des
...uns eine
...he Haltung
...teresse ver-
...n Staaten
...bestrebungen,
...auf der
...alles ge-
...die heftige
...ren mußte.

...Nächtige Besprechungen in Berlin wurden in Darmstadt zu einer Zeit bekanntgegeben, die kaum hinreichte, nach Berlin zu reisen. Zu einer sachgemäßen Vorbereitung reichte es niemals. Müssen wir die Unfähigkeit der Post- und Eisenbahnverwaltung immer noch ohne Klagen hinnehmen? Seitdem eine verfehlte Reichsfinanzgesetzgebung das finanzielle Rückgrat der Einzelstaaten brach, die Gemeinden an den Rand des Verderbens brachte, ist keine Reform erfolgt. Oder hält man es für eine Reform, wenn die ganze Weisheit der Bahn darin besteht, die Tarife zu erhöhen und bei der Post das Porto in die Höhe zu setzen, nur um die Hunderttausende von tatsächlich überflüssigen Arbeitern, die anderweitig verwandt werden können, zu erhalten oder die achtstündige Arbeitszeit nicht zu überschreiten? Reisen können demnächst nur noch die Mitglieder der Reichsregierung, die es nichts kostet, und die Schieber, die Wucherer und die Ausländer machen, namentlich die uns so sympathischen Fremde aus dem Osten. Der deutsche Bürger, Arbeiter und Beamte kann zu Hause bleiben. Für diese sind die Kosten unerschwinglich. Er kann auch keine Briefe mehr schreiben, denn auch diese Kosten gehen über sein Budget. Wie lange noch will das deutsche Volk sich derartige Zustände bieten lassen? Wie lange will es Minister ertragen, die offenbar nicht die Fähigkeit haben, wirkliche Ideen zu erzeugen? Einen Schieber ist es gleich, was er für den Transport, z. B. von Kartoffeln, zahlt. Dem ruinierten Mittelstand aber nicht. Es geht nicht länger, daß man keine Kritik übt, weil diejenigen, die nichts zustande bringen, vielleicht Mitglieder der Partei sind. Nicht gegen das Reich, sondern für das Reich ist jeder, der Front macht gegen die Verlotterei, möge sie kommen von wem immer. Und wenn dieses in Berlin nicht bald erkannt wird, werden die Herren erkennen müssen, daß der Süddeutsche auch noch starke Anknüpfungspunkte in München oder Karlsruhe hat, die im Interesse des deutschen Volkes vereint ein Halt denen gebieten, die nichts gelernt haben, als in preußischer Rücksichtslosigkeit wie früher eine Politik zu machen, die Deutschland ins Elend gestürzt hat."

Der Verfall in den ehemals deutschen Kolonien.

Von privater Seite erfährt die Tägliche Rundschau, daß in nichtamtlichen britischen Kreisen über die bei der Verteilung der Mandate über die ehemaligen deutschen Kolonien begangenen Fehlgriffe allmählich Einsicht Platz greift. Besonders in den französischen Mandatsgebieten herrschen schwere Mißstände. Man beginnt zu erkennen, daß zur sachgemäßen Ausnutzung aller kolonialen Kräfte und zum zweckvollen Aufbau der Kolonialwirtschaft insgesamt die Wiederzulassung auch der deutschen Verwaltung durchaus wünschenswert werde.

Die Uebernahme Oedenburgs durch Ungarn.

Am Neujahrstage erfolgte die feierliche Uebernahme Oedenburgs durch Ungarn. Vor der Uebergabe hatte die Generalkommission an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, in dem sie ihr für die Gastfreundschaft und die tadellose Haltung ihren Dank ausspricht. In sämtlichen Kirchen wurden Festgottesdienste abgehalten. Anläßlich der Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls betonte der ungarische Bevollmächtigte, General Guillaume, Ungarn wolle mit allen Nachbarn in gutem Einvernehmen leben und alles anbieten, damit das soeben besiegelte Friedenswerk mit Oesterreich von Dauer sei. Kein einziger Staatsbürger werde wegen seiner Haltung bei der Abstimmung auch nur der geringsten Unannehmlichkeit ausgesetzt werden. Bürgermeister Thörner führte darauf vor versammelter Bevölkerung u. a. aus, kein einziger kann es uns verübeln, daß wir dem ungarischen Vaterlande die Treue hielten. Wir haben anläßlich der Abstimmung gehandelt, wie es ehrlichen Leuten geziemt.

Weitere Nachrichten.

— **(Niederländisch-deutsche Vereinigung.)** In Rotterdam wurde eine niederländisch-deutsche Vereinigung gebildet, welche sich zur Aufgabe stellt, die guten Beziehungen aufgeistigem und gesellschaftlichem Gebiet zwischen Holland und Deutschland zu fördern. Dem Verein trat sofort eine ansehnliche Zahl Mitglieder aus intellektuellen Kreisen bei. Deutsche Gelehrte sollen ersucht werden, noch in diesem Winter Vorlesungen über wissenschaftliche Probleme zu halten.

— **Aus Berlin** wird gemeldet: Wie die Blätter melden, hat die Zahl der den Krankenhäusern in Berlin überwiesenen Grippekranken, die in der vergangenen Woche ständig stieg, Sonntag abgenommen. Während die Zahl der Transporte in den letzten Tagen ungefähr 200 betrug, ist sie am Sonntag auf etwa 130 zurückgegangen. — Die Berliner Rettungsstationen haben in der Silvesternacht in etwa 200 Fällen Personen, die bei Schlägereien oder Unfällen zu Schaden gekommen waren, Hilfe geleistet. Einige der Verletzungen waren schwerer Art. Ein Mann, der am Standbilde der Berolina ein Riesenfeuerwerk abbrannte, wurde beim Explodieren einer Ladung durch den Luftdruck mehrere Meter fortgeschleudert. Man fand ihn mit schwerverbranntem Gesicht auf. — Sonntag abend wurde an einer Ecke des Kurfürstendammes der Unterwachtmeister Rosengart von der Schupo, der einen Streit schlichten wollte, von einem der Beteiligten mit einem großen Taschenmesser durch einen Stich in die rechte Brustseite schwer verletzt. Als der Täter sich mit gezücktem Messer gegen einen Kameraden des Verletzten wandte, streckte dieser den Angreifer durch einen Bauchschuß nieder.

Große Steuerschiebungen beim Berliner Landesfinanzamt.

Schon seit einiger Zeit sind, wie das „Berl. Tgbl." meldete, Gerüchte in Umlauf gewesen, daß bei dem Umsatzsteueramt des Landesfinanzamtes Groß-Berlin große Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Es hieß, daß mit der Nachprüfung der Umsatzsteuerveranlagungen beschäftigte Sekretäre Geldgeschenke annehmen und als Gegenleistung dafür die Geschäfte weit niedriger einschätzen. Diese Gerüchte waren auch zur Kenntnis des Landesfinanzamtes gekommen, das diesen nun sofort nachging und Erhebungen anstellte, um Klarheit zu schaffen. Die Nachfragen bei verschiedenen Firmen, die hiernach mit den Beamten Schiebungen dieser Art gemacht haben sollten, blieben jedoch unbeantwortet, und auch Beobachtungen der Beamten führten nicht zu der erwünschten Klärung. Dann aber waren dem Amt positive Beschuldigungen zu Ohren gekommen, und nun entschloß sich das Landesfinanzamt, die weitere Aufklärung der Kriminalpolizei zu übertragen. Von dieser wurde Kriminalkommissar Finke damit betraut, der mit einer Anzahl Beamten allen Spuren sorgfältig nachging. Endlich waren die Ermittlungen soweit gediehen, daß der Kommissar sich entschloß, bei den in Verdacht stehenden Beamten, 3 Stadtsekretären, eine plötzliche Durchsuchung ihrer Wohnungen vorzunehmen. Diese brachten soviel belastendes Material, daß alle drei sofort verhaftet wurden. Auch die inzwischen ermittelten Firmeninhaber, die mit den ungetreuen Beamten in Verbindung gestanden hatten, wurden polizeilich verwommen und die ganze Angelegenheit vollkommen geklärt. Es handelt sich um Schiebungen großen Stils, durch die die Behörden um große Summen geschädigt worden sind. Die ungetreuen Beamten setzten sich mit den Firmen in Verbindung und übernahmen die „Bearbeitung" der Umsatzsteuererklärungen mit dem Erfolge, daß die zu zahlende Steuer weit niedriger wurde. Als Entgelt dafür ließen sich die Beamten 20 Proz. derersparten Steuerbeträge bezahlen. Außerdem aber waren sie auch noch für Geschenke aller Art von Herren- und Damenbekleidungsstücken zugänglich. Da es sich meist nur um Geschäfte handelte, die einen sehr hohen Umsatz haben, so war die Summe, die die Beamten weniger „herausrechneten", natürlich immer sehr hoch. Die Verhafteten und geständigen Sekretäre wurden, da sie Familien besitzen und auch kein Fluchtverdacht vorliegt, wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Landesfinanzamt hat sie natürlich sofort ihres Amtes enthoben und auch sogleich ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet.

*

— **Wie eine Sechszimmerwohnung billig ausgestattet wird.** Der Aufmerksamkeit der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Gesellschaft von gewerbsmäßigen Ladendieben hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Angelegenheit hat insofern einen interessanten Beigeschmack, als ein mitverhaftetes Ehepaar Röber eine elegant ausgestattete Sechszimmerwohnung am Kurfürstendamm innehat. Außer dem genannten Ehepaar ist noch eine Frau Förster und ein anderes Ehepaar Hüls verhaftet worden. Die Beute, wertvolle Schmucksachen, Kristalle, Pelze, Teppiche, Brücken, einmal sogar ein ganzes Kaffeeservice aus 32 Teilen, stellten die Diebinnen und ihre Helferinnen zunächst in Konditoreien und bei Blumenhändlerinnen am Potsdamer Platz unter. Von dort wurden abends die Sammlungen mit einer Kraftdroschke nach dem Kurfürstendamm gebracht. In der Wohnung und in verschiedenen Geschäfts-Aufbewahrungsstellen konnte Diebesgut im Werte von einer Million Mark, auch 90 000 Mark bares Geld beschlagnahmt werden.

— **Ein Stoß vor die Brust.** Die Gilde der Taschendiebe ist in Berlin wieder eifrig und mit großem Erfolg an der Arbeit. Täglich bei dem zuständigen Dezernat einlaufende Anzeigen lassen erkennen, daß die Langfinger mit großem Geschick tätig sind und mit Kennerblick Opfer suchen und finden, die entweder eine gutgefüllte Brieftasche oder eine wertvolle Uhr bei sich tragen. Wie sie arbeiten, zeigt der Diebstahl einer teueren Uhr, die ein Justizrat einbüßte. Dieser hatte sich, als er mit einem Straßenbahnwagen der Linie „P" die Potsdamerstraße hinunterfuhr, auf die hintere Plattform gestellt. Nach ihm stiegen drei sehr gut gekleidete Herren auf, die ebenfalls auf der Plattform blieben und da den Raum beengten. Einer dieser Herren stieß nun den Justizra. scheinbar aus Versehen ziemlich heftig gegen die Brust. Daraufhin entschuldigte er sich und der Justizrat dachte sich auch nichts Arges dabei. Erst als er ausgestiegen war, sah er, daß seine Uhrkette heruntergebaumelt. Einer der drei „Herren" hatte ihm bei dem Gedränge auf der Plattform die Uhr von der Kette gelöst. Es handelt sich um eine goldene Herrenuhr mit Deckel im Werte von 20 000 Mark. Es ist ein Glashüttenwerk von der Firma A. Lange u. Sohn. Auf die Wiederbeschaffung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

— **Sturmschäden.** Infolge der durch Sturm und anhaltenden Regen hervorgerufenen Störungen ist der Fernsprechverkehr von Köln nach allen Richtungen gestört. Außerdem sind zahlreiche Anschlußleitungen gestört. — In Wien wütet seit gestern nacht ein heftiger Sturm, der zeitweise Orkanstärke annahm und großen Schaden anrichtete.

— **Sturm in München.** In München hat ein furchtbarer Sturm die Tegephon- und Telegraphenleitungen schwer beschädigt.

— **Skiläufer in eine Lawine geraten.** Wie Innsbrucker Blätter melden, geriet Universitätsprofessor Dr. Packhaus-Pforzheim mit seinem Begleiter auf den Sulzkegel gelegentlich einer Skitour in eine Lawine. Der Begleiter konnte sich in Sicherheit bringen. Eine Rettungsexpedition ist an die Unfallstelle abgegangen.

— **Schiffsverluste.** Die Schaluppe „Felßva" ist bei den Orkney-Inseln untergegangen. 9 Mann sind ertrunken, 2 Mann wurden gerettet. — Der Oldenburger Dampfer „Maule" ist mit 25 Mann Besatzung verschollen. — Der Schleppdampfer „Herkules" ist aus der Nordsee nach Kuxhaven heimgekehrt, ohne eine Spur von dem Dampfer „Fehmarn" gefunden zu haben. Er hatte noch einen dringenden Hilferuf des Dampfers aufgefangen.

— **Peruanische Kinderspende für die deutsche Jugend.** Aus den Erträgnissen einer Sammlung der Kinder Perus zugunsten der darbenden und kranken Kinder in Deutschland und Oesterreich sind dem Dresdner Oberbürgermeister 100 000 Mark für die notleidende Jugend Sachsens überwiesen worden.

— **Ein Riesenverlust im D-Zug.** Ein Kaufmann aus London verlor im D-Zuge auf der Strecke von Passau nach Nels eine Geldtasche, in der sich ein Scheck der rumänischen Bank in Bukarest auf 150 000 Ley, ein Depotschein der Länderbank auf 5,6 Millionen Kronen, ein Wechsel der Londoner Bank auf 250 Pfund Sterleng, desgleichen ein Scheck auf 1376 Pfund Sterling, ein Scheck der Kreditbank in Paris auf 88 Pfund Sterling und andere Banknoten befanden.

— **Grupen hat Revision eingelegt.** Wie die Blätter aus Leipzig melden, ist im Kleppelsdorfer Mordprozeß von dem zum Tode verurteilten Peter Grupen Revision eingelegt worden. Die Angelegenheit dürfte in etwa 14 Tagen vom Reichsgericht entschieden werden.

— **Die Kriminalpolizei** hat in Hamburg eine Werkstatt zur Fälschung von polnischen Tausendmarkscheinen ausgehoben und einen Kaufmann Stiegmann unter dem Verdacht der Mitschuld verhaftet. Im ganzen sind falsche polnische Noten im Betrage von über 2 Millionen Mark beschlagnahmt worden. Zwei unbekannt gebliebene Männer, die man für die eigentlichen Hersteller der Noten hält, sind entkommen, vermutlich nach München.

— **13 Verbrecher aus einer Irrenanstalt geflohen.** Aus der Irrenanstalt in Bohnitz bei Prag sind 13 Schwerverbrecher, die dort zur Untersuchung ihres Geisteszustandes untergebracht waren, ausgebrochen und spurlos verschwunden.

Kommunistische Propogande unter den Eisenbahnern.

(TU) **Berlin**, 3 Jan. Der „Vorwärts" schreibt: In den einzelnen Gebietsteilen, in denen der Streik mit großer Entschiedenheit durchgeführt worden war, versuchen jetzt die Kommunisten für die Weiterführung des Streiks Propaganda zu machen. Die kommunistischen Zeitungen bezeichnen das Verhandlungsergebnis als Verrat an den Eisenbahnern. Ein Erfolg dieser Agitation ist ausgeschlossen.

Russische Metallankäufe in Oberschlesien.

(TU) **Kattowitz**, 3. Jan. In Oberschlesien befindet sich seit einigen Tagen ein Vertreter des Moskauer Wirtschaftskommissariats zum Zwecke der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Oberschlesien. Ankäufe, namentlich in Metallen, sind bereits getätigt worden. Die Transporte gehen zunächst nach Lübeck und werden von dort auf dem Wasserwege nach Reval weiterbefördert. Die Zahlungen erfolgen in Goldwährung und werden durch Scheck auf amerikanische Banken angewiesen.

*

Kleine Nachrichten.

Das B. T. meldet aus Warschau, daß eine polnisch-französische Bank in Oberschlesien mit einem Kapital von 200 Millionen deutscher Mark gegründet werden solle, das zur Hälfte in französischem Besitze bleibe und zur Hälfte auf Polen übergehe. Die Mittel hierfür werden durch eine private französische Anleihe aufgebracht.

Die Delegationen der fünf Großmächte haben mit Holland ein Abkommen über das Kabelrecht der Insel Yap getroffen. Dasselbe wird Holland und den Verein. Staaten übertragen.

Der deutsche Geschäftsträger Lang hat in Washington sein Beglaubigungsschreiben überreicht und ist vom Staatssekretär Hughes empfangen worden. Die schnelle Anerkennung des deutschen Geschäftsträgers, der erst am Mittwoch vor. Woche eingetroffen ist, ist auf seinen Wunsch zurückzuführen, vom Präsidenten Harding beim Neujahrsempfang am Montag zusammen mit den anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps empfangen zu werden.

Ein Westfalen-Jahrbuch ist in diesen Tagen erschienen. Die Westf. Ztg. schreibt dazu: Professor Dr. Schirmer, der es auf Veranlassung des Deutschen Wohlfahrts-Werbedienstes redigiert hat, wußte durch die Auswahl der Beiträge und Illustrationen das Buch zu einem wahrhaften Heimatbuch zu machen. Die Schönheit unserer westf. Heimat, unserer Sage und Sprache, unseres Volkstums spricht aus jeder Seite dieses mehr als 100 Seiten umfassenden Buches, das eine willkommene Gabe für den Weihnachtstisch darstellt. Der Ertrag aus dem Verkauf des Westfalen-Jahrbuches ist der heimatlichen Fürsorge des Roten Kreuzes gesichert, ein Grund mehr dafür, dem Westfalen-Jahrbuch weiteste Verbreitung zu wünschen. Das Westf. Jahrbuch ist frei von jeder politischen Färbung, ein Jahrbuch, das auch dem schlichten Manne die Schönheitswunder der Heimat in Sprache, Sage und Bild vermitteln will. Preis des Jahrbuches 16,60 Mark. Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom Verlag: Deutscher Wohlfahrtswerbedienst, Abteilung Westfalen, Dortmund, Westenhellweg 39.

Notgeld der Stadt Münster i. W. Die Zeit der Wiedertäufer mit ihren religiösen Irrungen und politischen Wirren, ihren Schrecknissen und angemaßtem Gottesgnadentum, den Vorläufern eines kommunistischen Idealstaates, wird lebendig, wenn man das von der Stadt Münster i. W. herausgegebene hochkünstlerische Notgeld sieht. Jan von Leyden, der „gesalbte König vor. Sion". Knipperdolling sein Scharfrichter, die Minister Krechting und Rottmann geben jedem Schein seine besondere Note. Die Entwürfe stammen von dem bekannten Kunstmaler und Graphiker Dominicus, B. D. G. Nicht minder bedeutend ist die in der heimatlichen Geschichte wurzelnde 2. Serie, die von der gleichen Künstlerhand stammt und deren Ausführung Städtebilder der uralten Bischofsstadt zeigt, in der sich Christentum und Neuheidentum an den Pforten des Mittelalters befehdeten. — In ihrer ganz besonders hervorragenden künstlerischen Durcharbeitung und leuchtenden Farbenpracht werden beide ziemlich groß ausfallenden Serien bestimmt das Prachtstück jeden Sammlers ausmachen. Mappe und Beschreibung zur 1. Serie wird beigefügt. Mit dem amtlichen Vertrieb der Serien ist die Firma J. M. Brockmann, Paderborn, beauftragt worden. Um den hohen Sammelwert der Stücke zu erhalten, ist die Auflage sehr beschränkt. Dr. F.

Versteigerung.

Für Rechnung dessen dem es angeht werde ich am **Donnerstag, den 5. Januar 1922. vorm. 9½ Uhr**, anfangend im Auktionslokale Rieder, Markt, folgende Sachen gegen Barzahlung versteigern:

4 ovale Zinkwannen (70 und 75 cm)
24 Zinkeimer (28 und 30 cm)

Im Anschluß daran werde ich im freiwilligen Auftrage noch versteigern:

Waschtisch mit Marmorplatte, eichen, nußbaum fourniert), **Kommode, Küchenschrank, Handtuchhalter, Gasofen und mehrere andere Sachen.** 23

J. Ebbers, beeidigter Auktionator,
Fernruf 32. Kamen, Bahnhofstr. 47.



Betr. die durchführende Hilfsaktion!

Zwecks Vornahme der Abrechnungsarbeiten ersuchen wir die Herren Geschäftsinhaber die Rechnungen nebst Gutscheinen über gelieferte Waren bis zum 10. dieses Monats dem Stadtwohlfahrtsamt, Rathaus Zimmer 1, einzureichen.

Beihilfenempfänger, d. h. Gutscheininhaber, die den Warenankauf noch nicht getätigt haben wollen bis zum 10. ds. Mts. diesen vornehmen.

Kamen, den 31. Dezember 1921.

h22 **Der Magistrat.** Dr. Wiesner.

In unser Handelsregister A ist heute bei der unter Nr. 50 eingetragenen Firma **„Wilhelm Kümper"** zu **Kamen** vermerkt, daß das Handelsgeschäft mit Firma auf den Kaufmann und Wirt Ludwig Kümper zu Kamen übergegangen ist. 27

Kamen, den 24. Dezember 1921.

Das Amtsgericht.

Fritz Bodderas
Klara Bodderas
geb. Jellinghaus

Vermählte.

Kamen, im Januar 1922.

62



Unserm verehrten Skat-Bruder

Fritz Beiermann

zu seinem Wiegenfest ein dreifach donnerndes 26

„Gut Skat"

Skat-Klub „Mit Vieren"
Kaiserau.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)
PIANOS Flügel, Harmoniums
u. Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
mit Klangsteg D.R.G.M. 458 406
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i.W. Bahnhofstr 20. 3979

Gegen rote Hände
rissige, rauhe und aufgesprungene, Haut, gegen Mitesser, Pickel, Blüten, Ausschlag, zur Erhaltung von Schönheit und Jugend erzielen Sie überraschende Wirkung durch tägl. Einreiben mit
Kombella die vielbegehrte **Hautcreme!**
Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
Germania-Drogerie H. Jacobi.
Löwen-Drogerie W. Klinkmann.
Drogerie H. P. Thiel. 4509

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 4852

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen
Ortsgruppe Methler. 3890

Sonntag, d. 8. Januar 1922, nachm. 3 Uhr
General-Versammlung.

Tages-Ordnung
1. Zahlung der Beiträge.
2. Berichterstattung.
3. Rechnungslage v. 1921
4. Vorstandswahl.
5. Besprechnung über den am 15. d. Mts. veranstalteten Wohltätigkeits-Abend.
6. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
24 **Der Vorstand.**

Kaufe Literflaschen
Stück 2 Mark.
Auf's Blatt-Flaschen
a 2 Mark.
Hermann Timmering,
Bahnhofstr. 42.

Schwarzer Wolfshund

abhanden gekommen.
Hermann Grosser,
Friseur, Weststraße 45 a.
Vor Ankauf wird gewarnt.

1 Paar neue halblange
Stiefel
mit Doppelsohle, Nr. 45—46, zu verkaufen, 29
Weddinghofen,
Schulstraße Nr. 35 a.

Bäckerlehrling
zu Ostern gesucht. 44
Wilh. Stoltefuß,
Weddinghofen,
Landwehrstraße Nr. 83.

Verloren
ein Portemonnaie, Inhalt Trauring E. M. 585 gestempelt und ein goldener Knopf. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung abzugeben in der Wirtschaft Schenkel, Kämerstraße 7.

Ich fordere hiermit Herrn Potthoff und die Betriebsräte der Zeche Monopol auf, die Beleidigung, die sie gegen mich und meinen Sohn ausgesprochen haben, zurück zu nehmen. 45
Karl Bronheim

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.



Heute morgen 9½ Uhr entschlief sanft und gottergeben nach kurzer Krankheit mein lieber Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der

Berginvalide

Heinrich Schumacher

im 73. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Westick, Bergkamen, Essen und Elsaß-Lothringen, den 3. Januar 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Januar, nachmittags 3½ Uhr vom Trauerhause, Nordenmauer 42, aus statt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten, so diene diese als solche. 61



Ueber den Sternen da wird es einst tagen,
Da wird dein Hoffen, dein Sehnen gestillt,
Was du gelitten und was du getragen
Dir ein allmächtiger Vater vergilt.

Gestern nacht um 11½ Uhr entschlief nach langen schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Alwine Pieper

geb. Busse

im Alter von 33 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberaden. Weddinghofen, Dorstfeld, 1. Januar 1922.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Januar, nachmittags 3½ Uhr vom Sterbehause aus statt. 25

Danksagung.

Aufrichtigen Dank für die herzliche Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Verstorbenen.

Familie Fleisch.

Dezember 1921. 21

Krieger- und Landwehr-Verein
Kamen.

Zur Beerdigung des Kameraden 694
Heinr. Schuhmacher
tritt der Verein am Freitag, den 6. Jan., nachmittags 3 Uhr am Schützenhof an.

Der Vorstand.

Krätze
Hautjucken
wird unter Garantie in 3 Tagen mit echter Krätzeseife „Pura“ (hell) Geruchlos, ohne Berufsstörung. Pak. f. Kinder 6.50 M. für Erwachsene 10 M. ältere Fälle 15 M. Doppelpak 24 M. Dazu Luna-Blutreinigungstee 3.50 u. 6 M. Allein echt durch Drogerie:
Willy Klinkmann.

Bettnässen. Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft ums. Vers. sanit. Art Gg. Engelbrecht, München C 23/1, Kapuzinerstr. 9.

Zeitungs-Boten
für Hammerstraße, Lerche gegen gute Bezahlung sofort gesucht.
Kamener Zeitung.

Betr.
Ausführungsanweisung

zum Vertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Danzig über die Regelung von Optionsfragen vom 8. November 1920 (Reichsgesetzbl. 1921, Seite 186).

Nach Artikel 105 des Vertrages von Versailles sind mit diesem Inkrafttreten (10. Januar 1922) die deutschen Reichsangehörigen, die damals in dem in Artikel 100 a. a. O. bezeichneten Gebiete (nämlich im Gebiet der jetzigen freien Stadt Danzig) wohnhaft waren gleichviel, wann sie sich dort niedergelassen hatten —, von Rechts wegen unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig geworden. Dies ist auch bei den am 10. Januar 1920 dort wohnhaften Beamten selbst dann der Fall gewesen, wenn sie lediglich zur vorläufigen Weiterführung ihres Amtes in jenem Gebiet verblieben waren.

Gemäß Art. 106 Abs. 1 und 2 des Vertrages von Versailles können die über 18 Jahre alten Personen, die nach Artikel 105 a. a. O. die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben und Angehörige der Freien Stadt Danzig geworden sind, innerhalb 2 Jahren nach Inkrafttreten jenes Vertrages, also bis zum Ablauf des 10. Januar 1922, für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Die Option des Ehemannes ist zugleich für die Ehefrau (aber nur, wenn die Ehe zur Zeit der Abgabe der Optionserklärung noch besteht), die der Eltern für ihre Kinder unter 18 Jahren (vgl. unten zu Art. 3) wirksam. Personen, die von diesem Optionsrecht Gebrauch machen, müssen nach Artikel 106 Abs. 8 und 4 a. a. O. in den nächsten 12 Monaten nach Abgabe der Optionserklärung ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen. Sie sind berechtigt, das unbewegliche Vermögen, das sie im Gebiete der Freien Stadt Danzig besitzen, zu behalten. Sie dürfen ihr gesamtes bewegliches Vermögen mitnehmen, ohne daß dafür irgendwelcher Ausfuhr- und Einfuhrzoll von ihnen erhoben wird.

In Ausführung der Artikel 105 und 106 des Vertrages von Versailles ist am 8. Nov. 1920 der im Reichsgesetzblatt für 1921 Seite 186 veröffentlichte Vertrag abgeschlossen worden, der am 17. Dezember 1921 durch Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten ist. Zur Zeit seines Abschlusses standen noch den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Regierungsbefugnis über das Danziger Gebiet zu. Er mußte daher mit dem mit der Ausübung dieser Befugnisse betrauten Oberkommissar oder mit diesem bevollmächtigten Vertreter abgeschlossen werden.

Im einzelnen wird zu dem Vertrage vom 8. November 1920 folgendes vermerkt:

Zu Artikel 1:

Der Wechsel der Staatsangehörigkeit wird in Artikel 105 des Vertrages von Versailels ohne Rücksicht auf die Abstammung allein von dem Wohnsitz abhängig gemacht. Zur Vermeidung von Zweifeln wird im Artikel 1 des Vertrages vom 8. November 1920 ausdrücklich hervorgehoben, daß für die Frage, ob eine Person am 10. Januar 1920 in Danzig wohnhaft gewesen ist, die Vorschriften der deutschen Gesetze maßgebend sind. Da nach Art. 7 Abs. 2 des Bürgerl. Gesetzbuches der Wohnsitz gleichzeitig an mehreren Orten bestehen kann, ist außerdem klargestellt worden, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über den Erwerb der Danziger Staatsangehörigkeit und über das Optionsrecht auch dann gelten, wenn eine Person am 10. Januar 1920 sowohl in Deutschland als auch im Danziger Gebiet einen Wohnsitz gehabt hat. Dadurch werden den Personen mit doppeltem Wohnsitz die mit der Optionsberechnung verbundenen Vorteile gewahrt. Im Wege der Interpretation ist aber zwischen den Vertragsparteien festgestellt worden, daß ein doppelter Wohnsitz dann nicht vorhanden ist, wenn von mehreren Niederlassungen einer Person nur an einer der Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Interessen liegt.

Zu Artikel 2:

Dieser Artikel bestimmt die Form, in der die Optionserklärungen abgegeben sind (zu Protokoll oder in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form), und die zu ihrer Entgegennahme zuständigen Behörden.

Sowohl im Gebiet der Freien Stadt Danzig als auch im Deutschen Reiche sind in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde und in Landkreisen der Landrat für die in ihrem Bezirk aufhaltsamen Optionsberechtigten zur Entgegennahme der Optionserklärung zuständig. Außerhalb des Deutschen Reiches oder Danzigs sind die amtlichen Vertretungen des Deutschen Reiches oder Danzigs zuständige Optionsbehörden. Die gerichtlich oder notariell beglaubigten Optionserklärungen (damit sind schriftliche Optionserklärungen, deren Unterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigt ist, gemeint — vgl. § 129 B. G.-B.) — müssen, um wirksam zu sein, den Optionsbehörden ebenfalls innerhalb der Optionsfrist zugegangen sein.

Für die Entgegennahme der Optionserklärung zu Protokoll der Optionsbehörden ist das beigefügte Muster — Anlage A — zu benutzen, daß auch für die Entgegennahme des Verzichts auf die Option (vgl. unten zu Artikel 4) Verwendung zu finden hat.

In Fällen, in denen eine Behörde außerhalb des Gebiets der Freien Stadt Danzig (also z. B. im Deutschen Reich) zur Entgegennahme der Optionserklärungen berufen ist, soll, um diesen Behörden die Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen für den Staatsangehörigkeitswechsel gemäß Artikel 105 des Vertrages von Versailles gegeben sind, zu erleichtern, der Staatsangehörigkeitswechsel durch eine Bescheinigung der mit den tatsächlichen Verhältnissen vertrauten Danziger Behörde nachgewiesen werden. Diese Nachweise (Optionsberechtigungsscheine) werden vom Senat (Abteilung des Innern) der Freien Stadt Danzig nach dem Muster — Anlage B — erteilt. Außerhalb des Danziger Gebiets darf also nur der für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren, der sich im Besitz eines solchen Optionsberechtigungsscheins befindet. Da seit dessen Erteilung in bezug auf den Kreis der Familienangehörigen, auf die sich die Option miterstrecken soll, Veränderungen eingetreten sein können, müssen die Angaben über die Familienangehörigen durch die Optionsbehörden nachgeprüft werden.

Ueber die Abgabe der Optionserklärung (auch über die ihnen zugehenden gerichtlich oder notariell beglaubigten) haben die Optionsbehörden den Optierenden Optionsausweise nach dem Muster — Anlage C — zuzufertigen, in denen auch die Familienangehörigen aufzuführen sind, auf die sich die Optionserklärung erstreckt.

Als Tag der Abgabe gilt bei gerichtlich oder notariell beglaubigten Optionserklärungen der Tag, an dem sie bei der Optionsbehörde eingegangen sind.

Der Schlußabsatz des Artikel 2 stellt klar, daß die Wirkung der Option mit der Abgabe der Erklärung, also nicht etwa erst mit der im Artikel 106 des Vertrages von Versailles für die Optanten vorgeschriebenen Verlegung des Wohnsitzes eintritt.

Zu Artikel 3:

Da die Befähigung zur selbständigen Ausführung des Optionsrechts bereits mit Vollendung des 18. Lebensjahres, also vor Eintritt der Volljährigkeit, beginnt, war es erforderlich, für Personen zwischen 18 und 21 Jahren für die Fälle Bestimmungen zu treffen, in denen sie aus besonderen Gründen an der selbständigen Ausübung des Optionsrechts verhindert sind. Dies ist durch Artikel 3 geschehen, der gleichzeitig klarstellt, daß für elternlose Personen unter 18 Jahren das Optionsrecht durch den gesetzlichen Vertreter ausgeübt wird.

Im Artikel 3 Absatz 2 ist den Personen, die erst innerhalb der Optionsfrist das für die Ausübung der Option erforderliche Lebensalter erreicht haben oder bei denen vor Ablauf der Optionsfrist der Grund der gesetzlichen Vertretung fortgefallen ist, zur Vermeidung von Härten ein Widerrufsrecht innerhalb der Optionsfrist für den Fall eingeräumt worden, daß ihr gesetzlicher Vertreter für sie bereits die Optionserklärung abgegeben hat. Die Widerrufserklärung zu Protokoll haben die Optionsbehörden nach Muster — Anlage D — entgegenzunehmen. Für die gerichtlich oder notariell beglaubigten Widerrufserklärungen gilt das zu Artikel 2 Gesagte entsprechend. Ueber den Widerruf ist von den Optionsbehörden ein Ausweis nach Muster — Anlage E — zu erteilen; auch für diese gerichtlich oder notariell beglaubigten.

Zu Artikel 4:

Der Artikel 4 ermöglicht einen rechtsverbindlichen Verzicht auf die Option vor Ablauf der Optionsfrist, der — ebenso wie die Option — entweder zu Protokoll oder in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form zu erfolgen hat. Für die Entgegennahme des Verzichts zu Protokoll ist das Muster — Anlage A — mit zu verwenden, während für die Bescheinigung über den Verzicht (auch wenn er gerichtlich oder notariell beglaubigt ist) das Muster — Anlage F — Verwendung zu finden hat.

Nach Absatz 2 des Artikels 4 kann der Verzicht des bisherigen gesetzlichen Vertreters in der gleichen Weise wie die Abgabe der Optionserklärung des früheren gesetzlichen Vertreters (vgl. zu Art. 3) widerrufen werden. Der Widerruf des Verzichts hat, wie im letzten Satze des Artikels 4 hervorgehoben wird, die Bedeutung der Abgabe der Optionserklärung. Der Widerruf des Verzichts des ehemaligen gesetzlichen Vertreters ist ebenfalls nach Muster — Anlage D — zu Protokoll zu nehmen. Er ist nach Muster — Anlage E — zu bescheinigen; auch wenn er in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form abgegeben ist.

Zu Artikel 5:

Dieser Artikel trifft die erforderlichen Bestimmungen, um die beiderseitigen Behörden von dem Ergebnis des Optionsverfahrens möglichst bald in Kenntnis zu setzen. Die Ortspolizeibehörden der Stadtkreise und die Landräte haben Abschrift der von ihnen erteilten Ausweise über Abgabe von Optionserklärungen, über Verzichte auf die Option, über Widerrufe der Optionserklärung der ehemaligen gesetzlichen Vertreter und über Widerrufe des Verzichtes der ehemaligen gesetzlichen Vertreter auf die Option gleichzeitig mit deren Ausfertigung den Herrn Regierungspräsident von Berlin senden. Abschriften (letzterer solche der von ihm erteilten Ausweise) sofort nach Eingang an die beim Senat in Danzig errichtete Sammelstelle für Optionserklärungen, nachdem sie auf Grund der Abschriften in ähnlicher Weise wie ein dem Runderlaß vom 6. Dezember 1921 (IV c nicht IV e 5851) angeordnet ist, getrennte Listen über die abgegebenen Optionserklärungen und die Verzichte auf die Option aufgestellt haben, in denen auch die Widerrufe der Optionserklärungen und die der Verzichte auf die Option zu vermerken sind.

Die gemäß Artikel 5 des Vertrages vom 8. November 1920 von der Regierung der Freien Stadt Danzig der Deutschen Regierung zugesandten Verzeichnisse werden die in Betracht kommenden Regierungspräsidenten usw. auszugsweise übermittelt werden. Die in den Auszügen enthaltenen Angaben sind dann nach Möglichkeit dortseits nachzuprüfen; über etwaige Anstände ist mir zu berichten.

Zu Artikel 6:

Dieser Artikel stellt fest, daß die Optanten in der ihnen durch Artikel 106 des Vertrages von Versailles gewährleisteten Befugnis zur Mitnahme ihrer beweglichen Habe auch durch keinerlei Ausfuhrverbote oder sonstige gesetzliche oder Verwaltungsmaßregeln, wie Konversion, von Geldforderungen, Umwechselung von Geldern oder Beschlagnahme von Wertpapieren beschränkt werden dürfen.

Zu Artikel 7:

Es besteht ein großes Interesse daran, daß Meinungsverschiedenheiten der Vertragsparteien über die Auslegung und Durchführung des Vertrages schnell und endgültig beseitigt werden, da solche Meinungsverschiedenheiten sonst in vielen Fällen zu einer dauernden Ungewißheit über die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der betreffenden Personen führen würden. Der Artikel 7 sieht deshalb für solche Meinungsverschiedenheiten ein besonderes Schiedsverfahren vor. Das Nähere hierüber bleibt noch vorbehalten.

Die Erteilung der Optionsausweise (Anlage C), der Ausweise über Optionsverzicht (Anlage F), der Ausweise über Widerruf der Optionserklärung und der Options-Verzichterklärung (Anlage E) hat ebenso wie die Aufnahme der Verhandlungen seitens der Optionsbehörden gebührenfrei zu erfolgen. Wegen der Niederschlagung der Stempelsteuer für die Ausweise wird noch besondere Verfügung ergehen.

Berlin, den 20. Dezember 1921.

Der Minister des Innern:

In Vertretung: gez. **Freund.**

IV c 6072.

Vorstehender Erlaß wird hierdurch veröffentlicht.

Ich weise besonders darauf hin, daß es für die Beteiligten geboten erscheint, sich den erforderlichen Optionsberechtigungsschein ohne Verzug von dem Senat in Danzig zu beschaffen.

Hamm (Westf.) den 30. Dezember 1921.

In Vertretung: Mackethal, Kreissekretär.

Der Landrat:

alten Nachtwächterliedes, dessen Text hier wiedergegeben sein möge:

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat neun geschlagen.
Neun undankbar blieben sind;
Flieh den Undank, Menschenkind.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat zehn geschlagen.
Zehn Gebot' gab Gott uns ein;
Hilf, daß wir gehorsam sein.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat elf geschlagen.
Elf Apostel blieben treu;
Gib, daß hier kein Abfall sei.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat zwölf geschlagen.
Zwölf, das ist das Ziel der Zeit;
Mensch, bedenk' die Ewigkeit.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat eins geschlagen.
Ein Gott ist nur in der Welt,
Dem sei alles heimgestellt.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat zwei geschlagen.
Zwei Wege hat der Mensch vor sich,
Herr, den rechten führe mich.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat drei geschlagen.
Drei ist eins, was göttlich heißt:
Vater, Sohn und heil'ger Geist.

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat vier geschlagen.
Vierfach ist das Ackerfeld;
Mensch, wie ist dein Herz bestellt?

Hört ihr Herr'n und laßt euch sagen:
Unsere Glock' hat fünf geschlagen.
Fünf Jungfrauen waren klug,
Und fünf trugen den Betrug.

Ein langgezogenes „Hatuut" aus dem Nachtwächterhorn leitete jede Strophe ein und beschloß sie auch. Allen, die solche Silvesterfeiern miterlebt, vor allem uns Einheimischen, sind sie eine liebe Erinnerung, und es wäre zu wünschen, daß die seitherigen Träger dieses guten, alten Brauches ihn weiter pflegen möchten; dieses um so mehr, als die Flutwelle des Materialismus, die über uns dahinzieht, ohnehin die letzten Reste von Poesie und Romantik zu vernichten droht. („Haller Kreisblatt".)

Deutschland im Zeichen der Niggertänze

Ueber das Kapitel schreibt die „Tanz-Schule" in Einbeck: „Der Tanz eines Volkes zeigt dessen Charakter." Wie lebhaft wird man doch an diese Worte erinnert, wenn man heute einen Blick in die Ballsäle wirft. Ueberall wo man hinsieht, stößt man auf ausländische Tänze. So stehen Shimmy, Tango, Jazz, Maxixe, Schottisch Espagnole, aber auch Tiertänze, wie Shlingan (Schlangentänze), Catstep (Katzentanz), Foxtrott (Fuchstanz) usw. ständig auf der Tagesordnung. Alles, was sich spekulative Tanzmeister des Auslandes ausgetüftelt hatten, mußte der deutsche Michel ja unbedingt auch in Deutschland einführen. Unsere Jugend will sich an amerikanischen Niggermelodien und in andalusischen Kaschemmen gestampften Tänzen ergötzen. Einer Generation, die in weiten Schichten in einer völligen Vergröberung aller Lebensansprüche alle Wünsche auf das Materielle, das Grobsinnliche richtet, genügte nicht mehr die Harmlosigkeit der deutschen Volks- und Reigentänze. Diese verlangte auch vom Tanz lüsterne Reize. Ein deutscher Tanz konnte das nicht geben, daher bezog man, wie so vieles andere, auch den Tanz aus dem Auslande, von den wilden Negerstämmen. Die meisten neuen Tänze sind Volkstänze, mit all den grotesken Bewegungen, den wilden Attitüden dieser rassigen Argentiniens, dieser braunen Gauchos und verwegenen Cowboys. Und nur das Volk tanzte sie an üblichen Plätzen, gefährlichen Verbrecherkneipen, und nicht selten geschah es, daß diese weiche, sinnliche, sich schlängelnde Musik die erhitzten Gemüter derart erregte, daß der Boden, der soeben noch von den katzenartigen Bewegungen der Frauen gestreichelt, plötzlich von Blut triefte, daß Dolch und Revolver die Gitarren und Geigen ablösten (Tango). Man braucht sich ja nur über die Herkunft der neuesten Tänze zu informieren, um sie richtig einschätzen zu können. Lesen wir jetzt etwas über den Shimmy, der an Blödsinnigkeit und Verrücktheit alle bisherigen neuen Tänze noch bei weitem übertrifft. „Shimy shake!" heißt in der Uebersetzung des Argots: Schüttle das Nachthemd! Man braucht die Bewegung, mit der man das Nachthemd von den Schultern schüttelt, nur einmal probeweise zu machen, um die charakteristische Shimmy-Bewegung zu haben. Shimmy ist gar kein selbständiger Tanz, sondern eine Abart des Jazz. Die Unterschiede liegen einmal darin, daß beim Jazz der Oberkörper ganz ruhig bleibt und nur der Unterkörper tanzt, während beim Shimmy der Oberkörper in eine hüpfende, durch einen in die Schraube eingelegten Zwischenschritt verstärkte Bewegung gerät, die sehr lustig zu machen und anzusehen ist.

Mancherlei.

— **Die älteste Nachricht über eine Grippe-Epidemie** in Westfalen stammt aus dem Jahre 1580. Damals wurde die Krankheit Bremer Pipp genannt. Man liest darüber: „Anno 1580 .... sein schreckliche Chasmata und Feuerstrahlen vom Himmel gefahren .... und sein 2 Tage darnach dieses orts aufeinander gräuliche Donnerwetter erfolget. — Nicht lange darnach ist eine neue unerhörte Seuche und Hauptkrankheit darauf erfolgt. Erstlich kam es die Leute mit frost an, etliche auch mit Hitze; davon entstand ein Hust und Heiserkeit, wurden wund im Halse; es werete aber 3 oder 4 Tage mit einem."

— **Einen Aufruf der Adelsgesellschaft** veröffentlicht die „Kreuzzeitung". In ihm wird der Adel aufgefordert, durch Einfachheit seiner Lebensführung, durch Tüchtigkeit, Arbeit und ernste Lebensauffassung vorbildlich für das ganze deutsche Volk zu wirken. Das äußere Erkennungszeichen der Mitglieder des deutschen Adels solle Einfachheit und Anspruchslosigkeit, das innere Band, das ihn zusammenhalte, Pflichterfüllung und Sittenreinheit sein. Sich hierin auf dem Boden deutscher, christlicher Volksgemeinschaft hervorzutun, betrachte der deutsche Adel als seine wichtigste Aufgabe in heutiger Zeit. Der Aufruf ist von Hindenburg als Ehrenvorsitzenden der Adelsgesellschaft und von einer großen Anzahl von Mitgliedern des Adels unterzeichnet.

— **Ein Stierkampf-Prozeß.** Die Leidenschaft für den Stierkampf ist in den südlichen Provinzen Frankreichs fast ebenso groß wie in Spanien, und dies bereitet den nordfranzösischen Tierfreunden großen Kummer. Sie führen bereits seit einiger Zeit einen erbitterten Kampf gegen diese grausame Schlächterei, bei der Pferde und Stiere in gleicher Weise gemartert werden, aber ohne Erfolg, denn der Stierkampf wurzelt zu fest im Volksbewußtsein der Südprovinzen. Da mit moralischen Mitteln nun nichts zu erreichen war, suchen die Tierschutzverbände jetzt auf gesetzlichem Wege vorzugehen. Es gibt ein Gesetz Gramont, das Tierquälereи verbietet und jeden bewiesenen Fall mit 5 Franken, im Höchstsatz mit 15 Franken ahndet. Der Präsident der französischen Tierschutzverände, Dr. Vouchet, hat nun auf Grund dieses Gesetzes einen Prozeß gegen den Veranstalter der Stierkämpfe in Nimes sowie gegen sämtliche dabei beteiligten Toreros usw. angestrengt. Das Gericht von Nimes befand sich in einer schwierigen Lage, denn es mußte den Tatbestand der Tierquälerei zugeben, da verschiedene Tierschutzfreunde als Zeugen die Qualen der Tiere mit aller Ausführlichkeit schilderten. Andererseits mußten die Herren Richter die schwerste Beschimpfung durch ihre Mitbewohner befürchten, wenn sie sich gegen die Stierkämpfe ausgesprochen hätten. Nach längeren Beratungen wies das Gericht die Klage ab, weil der Staat die Steuer von 25 Prozent von den Einnahmen aus den Stierkämpfen erhebt und weil dadurch der Staat das als gesetzmäßig anerkennt, was die Gesetzgebung für ungesetzmäßig erklärt hat. Damit wird aber dieser eigenartige Stierkampfprozeß noch nicht entschieden sein, denn der französische Generalstaatsanwalt hat Berufung gegen dieses Urteil eingelegt, und vor der obersten Instanz wollen die Tierschutzfreunde die ganze Frage noch einmal aufrollen und versuchen, die Ungesetzmäßigkeit der Stierkämpfe durch ein Urteil zu beweisen, wenn auch freilich die geringen Geldstrafen vor der Uebertretung des Gesetzes Gramont nicht werden abschrecken können.

— **Seeräuber.** Auf der Marmora-Insel an der Küste von Kleinasien ist ein Segelschiff mit zwei Matrosen aufgefunden worden, die schwer verwundet waren. Wie sie angeben, ist das Schiff von Seeräubern überfallen worden, die den Kapitän und zwei Matrosen töteten, das Schiff ausplünderten und es dann seinem Schicksal überließen.

— **Lautlos Fliegen.** Auf dem englischen Flugplatz Hendon haben Versuche mit einer neuen Schweizer Erfindung stattgefunden, die ein lautloses Bewegen von Flugzeugen ermöglichen soll. Der Apparat, der den Namen Ad Astra Dämpfer trägt, hat ungefähr die Form eines Tropedos, besteht aus zwei Teilen und wird am Auspuffrohr angebracht. Der vordere Teil ist aus Aluminium und zeigt in die Oberfläche eingeschnittene Flanschen, die auf einer Spindel sitzen. Im Fluge wird die Spindel durch den Luftstrom in Drehung versetzt, im hinteren Teil des Instrumentes befindet sich die eigentliche Dämpfervorrichtung, ähnlich der bei einem Automobil. Der aus dem Auspuffrohr hervorströmende Rauch wird in der sich drehenden Kammer abgekühlt, die auch zugleich auch den Rauch aus dem Flugzeug saugt. So wird der von einem gewöhnlichen Dämpfer erzeugte Gegendruck ausgeschaltet.

— **„Um Gotteswillen! Nicht aufwecken!"** In Berlin erzählt man sich gegenwärtig die folgende niedliche Geschichte: Eines Tages wollte der Minister X. eine in einem Nebengebäude arbeitende ihm unterstellte Abteilung besuchen. Als er ankam, schien das große Haus ausgestorben. Nur ein alter Pförtner war da und erstarb in Hochachtung, als er den Namen des Besuchers erfuhr. Knieschlotternd bekannte er, daß keiner der Beamten zur Stelle sei. Der Minister bat, ihm wenigstens die Räume zu zeigen. Der Alte gehorchte. Zufällig fanden sie aber in einem Zimmer einen Beamten, der an seinem Schreibtisch eingenickt war. Der Pförtner wollte ihn wecken; aber rasch faßte ihn der Minister am Arm: „Um Gotteswillen! Nicht aufwecken! Sonst geht er auch fort!"

— **Durch einen Zahn getötet.** Ein Zahnarzt, der beim Zahnziehen den Patienten einen Zahn herunterschlucken ließ und dadurch seinen Tod verursachte, wurde vom Obersten Newyorker Gerichtshof zu einem Schadenersatz von 4000 Dollars verurteilt. Das Opfer, eine Mrs. Minns, ließ sich in der Betäubung verschiedene Zähne ziehen. Als sie nach Hause zurückkehrte, wurde sie von einem furchtbaren Husten befallen, mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden, wo sie starb. Die Sektion ergab, daß der Tod durch einen Zahn veranlaßt war, der sich in einer der Lungen befand und eine Entzündung hervorgerufen hatte.

Nr. 3. 1922.

Für's Heim

Unterhaltungs-Beilage
der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Rottrauts Gelöbnis.

17. Fortsetzung. Original-Roman von Lola Stein. (Nachdruck verboten.)

Rottraut suchte in ihren Noten, aber sie legte die Straußschen Lieder alle wieder aus der Hand, sie waren ihr zu jubelnd, zu liebedurchglüht für ihre Stimmung. Endlich wählte sie das Dehmelsche „Wiegenlied" mit der Musik von Strauß:

„Träume, träume, du mein süßes Leben,
Von dem Himmel, der die Blumen bringt,
Blüten schimmern da, die beben
Von dem Lied, das deine Mutter singt.

Träume, träume, Knospe meiner Sorgen,
Von dem Tage, da die Blume sproß,
Von dem hellen Blütenmorgen,
Da dein Seelchen sich der Welt erschloß.

Träume, träume, Blüte meiner Liebe,
Von der stillen, von der heil'gen Nacht,
Da die Blume seiner Liebe
Diese Welt zum Himmel mir gemacht."

Auch diesmal wieder hatte die Stimme der Sängerin unsäglich süß, machtvoll und wunderbar geklungen, dennoch schien Lothar nicht ganz befriedigt zu sein. Er schwieg, und als Rottraut ihn fragend ansah, meinte er:

„Das Lied ist noch nichts für dich. Du hast noch nicht die ganze richtige Empfindung für seine Bedeutung. Du hast es noch nicht erlebt."

„Aber man kann sich doch in jedes Empfinden hineinversetzen. Sonst ist man überhaupt keine Künstlerin."

„Doch wohl nicht, Rottraut, in deiner Jugend. Später vielleicht. Dieses Lied wirst du ganz anders, noch viel schöner einst singen, wenn du selbst junge Mutter sein wirst und deine Kinder damit einwiegst."

„Ich werde niemals Kinder haben", sagte sie hastig und erschrak über ihre Worte, als sie gesprochen waren. Sie hatte sie nicht beabsichtigt, sie sollte an das Geheimnis ihres Lebens nicht rühren. Nun war es zu spät. Lothars warme braune Augen sahen mit traurig-zärtlichem Ausdruck in ihr schönes Gesicht:

„Aber Kind! Wie kannst du so etwas sagen, das heute schon wissen wollen? Nie sah ich ein Mädchen, das mir so geschaffen schien zum Lieben, beglückenden Weibe und zur Mutter, wie du es bist, Rottraut! Es wäre beinahe ein Verbrechen, wenn du ohne Liebe und ohne Kinder durchs Leben gehen wolltest."

„Und doch wird es so sein." Sie hatte nun einmal dieses Thema berührt und sie sah nicht, wie sie wieder loskommen konnte davon.

„Rottraut, versündige dich nicht an der Natur und allen Schätzen, die sie dir überreichlich gegeben. Du wurdest bestimmt für Liebe und Glück, du wirst beides erleben und einem Manne und Kindern geben! Immer diese nachtdunklen, melancholischen und entsagungsvollen Gedanken! Du mußt sie gewaltsam bekämpfen, Rottraut."

Sie schüttelte schwermütig das Haupt. Er sagte sinnend: „Hast du Claus denn so ausfüllend, so überwältigend, so unbeschreiblich geliebt, daß du solche Ansichten hegst, Rottraut? Mir erscheint es eigentlich seltsam, daß du dich so völlig vom Leben und seinen Freuden abkehren willst. Du warst ein ganz junges Mädchen, Claus ein sehr reifer Mann, als ihr euch kennen lerntet. Daß du ihn liebtest, nimmt mich nicht wunder, aber daß du diesem Gefühl so nachhängst, daß es dich zur Entsagung treiben will, verstehe ich nicht. Denn du warst nicht einmal sein Weib, das letzte Glück, die schranken lose Hingabe verband dich nicht mit ihm. Und beinahe während der ganzen Zeit, da ihr euch nahestandet, war er ein sieher Mann. Ist es wirklich möglich, Rottraut, daß deine Liebe zu ihm eine so übermächtige war, daß sie nie wieder Raum lassen wird in deinem Innern für ein anderes Gefühl?"

Heiß, fordernd, verlangend, bis auf den Grund der Seele dringend ruhten die braunen Männeraugen auf ihr. Sie konnte ihnen nicht lügen, sie konnte es nicht. Sie schwieg.

Er atmete tief und befreit auf. „Siehst du, du antwortest mir nicht, also gibst du meinen Worten recht. Du selbst, deine ganze junge, lebenbejahende Persönlichkeit widerspricht ja auch den Anschauungen, die du förmlich gewaltsam in dir nährst."

Sie sah ihn fragend und nicht begreifend an, da meinte er wieder: „Wenn ein Mensch eine solche Liebe fühlt, daß er ohne den andern geliebten Menschen nicht zu sein vermag, dann überlebt er ihn auch nicht, Rottraut. Wenigstens nicht blühend und gesund. Dann siecht er hin, welkt er dem Geworbenen nach. Dich aber sehe ich vor mir im Zauber deiner Schönheit, mit Rosen

Halt fest!

Eins halte fest, mein Volk, was immer werde,
Und was als Zukunftsglück man dir verheißt:
Was ohne Deutschland wäre diese Erde?
Was wäre Deutschland ohne deutschen Geist?
Und mögen auch die Weltverbesserer toben
Und mögen sich die Schwärmer heiser schrei'n —
Wir sind nicht Slaven, Tschechen noch Franzosen,
Wir müssen Deutsche, nichts als Deutsche sein!

Von Liebe reden sie und Völkerfrieden
Und von der Menschheit großem Brüderbund;
Und ewig, ewig bleiben doch geschieden
Der Völker Stämme auf der Erde Rund.
Sie gönnten uns den Fleiß nicht und die Mühe,
Das deutsche Glück schuf diesen „Brüdern" Pein —
So sorgt, daß nie das deutsche Herz verglühe,
Und laßt uns Deutsche, nichts als Deutsche sein!

O sorget, sorget, daß den Enkelsöhnen
Das Erbe eurer Väter ihr bewahrt:
Die Kraft zum Kampf, die Freude an dem Schönen,
Die stille Arbeitslust, die deutsche Art!
Was sie an Nebelbildern euch versprechen,
Nur, was du bist, mein Volk, bleibt ewig dein;
Laß dir die Art, die treue Art nicht brechen —
Wir wollen Deutsche, nichts als Deutsche sein!

So wie du freudig schaffst am eigenen Herde,
Geborgen vor der lauten Welt Gebraus,
So bleibe auch die weit' deutsche Erde,
Das Vaterland, dein großes Vaterhaus!
Daß Sitte, Art und Sprache immer dauern,
Laß nicht den trügerischen Wahn hinein,
Darin der Tod und das Verderben lauern —
Nein, wolle deutsch und immer deutsch nur sein!

Und droht der Sturm der Zeit dich zu zerschlagen,
Und ob er alles deine dir zerbricht,
Eins rette dir aus all den dunklen Tagen,
Und ob du stirbst, verlier dich selber nicht!
Auf daß ein Samenkorn gerettet werde
Aus dieser Schreckenstage grimmer Pein,
Daß Deutschland bleibe auf der deutschen Erde
Und seine Enkelsöhne Deutsche sein!

P. Warnke (im „Kladderadatsch").

auf den Wangen, mit einem blühenden Munde und Lebensvollem Glanz in den Augen. Alles an dir bejaht ja das Dasein, Kind, ohne daß du selbst es weißt, nur dein Wille noch nicht."

Wieder sagte sie leise und gequält: „Du täuschest dich über mich, Lothar."

„Nein", rief er leidenschaftlich, „o nein, Rottraut. Ich durchschaue dich vollkommen. Du willst traurig sein, Kind, du hältst es für deine Pflicht, weil der Tod dir den Freund genommen. Aber du denkst verkehrt. Deine Pflicht ist es, mit den Lebenden froh zu sein, dich dem Dasein wieder zuzuwenden, da es noch in seiner Fülle vor dir liegt und die Arme nach dir breitet.

Du hattest die Aufgabe, Claus das letzte traurige Lebensjahr durch deine Liebe wunderbar zu erhellen. Aber fast kein Mensch hat nur eine Aufgabe in der Welt. Auch auf dich warten noch neue. Eine zweite Liebe wird kommen, Rottraut, und ein zweites Glück. Und an dem Toten tust du kein Unrecht, wenn du jetzt das Dasein von neuem bejahst."

Sie sah ihn traurig an. Wieviel Mühe er sich um sie und ihr Fühlen gab! Wenn er wüßte! Sie mochte nicht von dem Schwur sprechen, den sie dem Verlobten gegeben, mochte Claus' Andenken nicht herabsetzen in des Bruders Augen. Und sie wußte ja, Lothar würde leidenschaftlich verdammen, wie der Tote an ihr gehandelt.

Und während seine bittenden, werbenden Blicke noch immer auf ihr ruhten, fuhr es ihr plötzlich durch den Sinn: „Gibt er sich nicht gar zu viel Mühe um mich, wenn er nichts weiter sein will als mein Bruder?"

Jäh und überwältigend kam ihr die Erkenntnis von der Liebe dieses Mannes. Aber noch wollte sie sich ihr verschließen, noch nicht an sie glauben. Weh und glücklich zugleich war ihr Sinn.

Nun faßte Lothar mit einer bittenden Gebärde nach ihren Händen. „Rottraut", murmelte er, „liebe, liebe Rottraut!"

Da entzog sie sie ihm in Schreck und in Angst. Sie sprang auf, ging zum Fenster, stand dort regungslos und starrte hinaus mit wild und verlangend klopfendem Herzen. Ach, auch in ihrer Brust riefen tausend Stimmen nach Leben und Glück, und sie durfte ihnen nicht lauschen, sie durfte es nicht.

Lothar beobachtete sie enttäuscht und niedergeschlagen. Wie tief hatten die schwermutsvollen Gedanken Wurzel geschlagen in dieser geliebten Seele. „Nicht mehr daran rühren", dachte er, „heute nicht mehr."

Auch er erhob sich, trat neben Rottraut. „Komm, sprechen wir nicht mehr von diesen Dingen. Singe mir noch ein Lied, wenn du magst, Rottraut, aber ein frohes!"

Sie bezwang ihre furchtbare Erregung gewaltsam, sie lächelte ihn an. „So sage mir, was du hören willst."

Er wählte das „Ständchen" von Strauß. Und als sie nun wieder neben ihm am Flügel stand und die Worte des Schackschen Liedes jubelnd hinausschmetterte, da war sie so ganz wieder das lebensbejahende, strahlende, schöne Geschöpf, als das Lothar sie einst kennen lernte, war sie wieder das „Frühlingsmärchen", das durch Claus Laubingers letztes Werk in den Zaubermantel der Poesie gehüllt lächelnd schritt, daß neue und starke Hoffnung in das Herz des liebenden Mannes zog.

Er würde den Kampf mit den dunklen Gewalten, die Macht erlangt hatten über diese Frauenseele, siegreich bestehen, er würde sich sein Glück doch noch erringen. Das glaubte er fest.

6.

Das neue Jahr hatte begonnen, und für den zehnten Januar war als das größte Kunstereignis dieser Saison die Premiere von Claus Laubingers „Frühlingsmärchen" angesetzt worden.

Weihnachten war vorübergegangen, ohne den Bewohnern der Grunewaldvilla die Erfüllung ihrer Hoffnungen zu bringen. Wohl glaubte Lothar seinem Ziele schon nähergekommen



zu sein, aber das entscheidende Wort wagte er doch nicht zu sprechen, weil er Rottrauts Wesen und Fühlen noch immer nicht klar verstand. Jutta aber sah sich weit, weit von allen Wünschen entfernt.

Eine traurige Veränderung war mit dem jungen Mädchen vorgegangen in der letzten Zeit. In den ersten Wochen nach Lothars Rückkehr hatte sie sich noch an die schwache Hoffnung geklammert, sich den geliebten Mann doch erringen zu können, wenngleich sie sich nicht darüber täuschte, daß Lothar von Anfang an einen kameradschaftlichen und brüderlichen Ton ihr gegenüber anschlug. Aber sie glaubte damals nur, daß sein Interesse für Rottraut ihn von ihr entferne, und sie sah Rottrauts Zurückhaltung und ihr Ausweichen, wenn Lothar ihre Nähe suchte. Das alles hatte ihr eine gewisse Beruhigung gegeben.

Dann aber war plötzlich eine Aenderung in dem Verhältnis der beiden Menschen eingetreten. Seit jenem Dezembertage, an dem der erste Schnee gefallen war und die große Aussprache zwischen Rottraut und Lothar dieser die Erkenntnis brachte, daß Jutta hoffnungslos liebte und daß der ersehnte Mann doch nie den Weg zu ihr finden würde, wie immer sie selbst sich auch verhielt, hatte Rottraut sich der beglückenden Freundschaft zu Lothar hingegeben. Nun wich sie ihm nicht mehr aus, nun ließ sie sich in lange, tiefe und ernsthafte Gespräche von ihm verwickeln, ließ es gern geschehen, daß er sie nach einem in seinem Hause verbrachten Abend heimgeleitete, kostete das Glück dieses Seelenbündnisses voll aus. Damals war Rottraut mit leuchtenden Augen einhergegangen und einem Lächeln um den Mund, das den Menschen ihrer Umgebung mehr von ihrem Fühlen und dem Blühen in ihrem Innern verriet, als sie selbst davon wußte. Denn sie lebte dahin wie in einem holden Traum, fühlte sich froh, leicht und glücklich und dachte nicht allzuviel über Lothar und sich selbst nach.

Bis dann plötzlich wiederum eine jähe Wandlung in ihrem Wesen eintrat, eine Erkenntnis sie überkam, die sie tiefunglücklich machte, und sie von neuem Lothar Laubingers Nähe floh. Aber diesmal gelang es ihr nicht, denn der Mann ließ sich nun nicht mehr abweisen.

Jutta aber wußte von dieser neuesten Wendung der Dinge nichts. Ihre von Schmerz und Leid getrübten Augen sahen nicht, daß auch Rottraut plötzlich wieder leidvoll und unruhig erschien, zu sehr war Jutta mit eigenem Erleben, eigenem Herzeleid beschäftigt.

Ihre schwache Konstitution ertrug die schweren seelischen Erschütterungen der letzten Zeit nicht. Sie siechte dahin. Mehr als je zuvor glich sie nun einer zarten, schwankenden, weißen Blume, die der leiseste Windhauch knicken kann.

Lothar drängte auf einen Aufenthalt im Süden. Frau Gertrud sollte ihre Tochter begleiten, damit Jutta sich nicht zuviel allein überlassen blieb in ihrer düsteren Stimmung, die dem Manne nicht verborgen geblieben war. Allein Jutta wehrte sich leidenschaftlich gegen den Plan dieser Reise. Sollte sie gehen, das Feld räumen, sollte sie Rottraut und Lothar hier allein zurücklassen, ihnen Gelegenheit zu völlig ungestörtem Zusammensein, zu langen, beglückenden Aussprachen geben? Sie wollte es nicht. Sie würde noch kränker werden, fern von dem Geliebten, würde sich verzehren in Sie stellte dies alles Frau Gertrud vor in Eifersucht und Unruhe, würde vergehen vor Qual. beweglichen Worten, und die Mutter sah ein, daß man das maßlos erregte Mädchen nicht zu dieser Reise zwingen konnte. Den äußeren Grund für die Hinausschiebung des Aufenthalts im Süden bildete die Erstaufführung des „Frühlingsmärchens", dem die Schillingschen Damen bei, auf alle Fälle beiwohnen mußten. Dagegen konnte Lothar nichts einwenden, aber er schaute die blasse, durchsichtig zart erscheinende Jutta oft voll ernster Sorge an. Aus solchen Blicken fühlte sie seine Zuneigung, sein ungeschwächtes Interesse für sie und ihr Wohlergehen. Es tat ihr gut. Aber es war die Zuneigung eines Bruders, das Interesse eines aufrichtigen Freundes — das empfand sie wohl. Sie aber liebte ihn mit aller Glut ihrer leidenschaftlichen, heißen Frauenseele, sie ersehnte seinen Besitz mit jeder Faser ihres Seins.

Auch der Sanitätsrat sah Juttas Zustand nicht mehr so optimistisch an, wie in früheren Jahren. Ihr Organismus hatte gelitten, Zeichen von Herzschwäche stellten sich ein. Auch er verordnete Ruhe und Heiterkeit der Umgebung, einen längeren Aufenthalt im Süden, dem Jutta sich in ihrer egaltierten Art leidenschaftlich widersetzte. (Forts. folgt.)

Abend.

Von Wilhelm Sperlbaum.

Es kämpft der Wind auf tagentspannten
Saiten!....
Du fühlst Dich tief und tiefer in mein Herz! —
Der Mond geht auf. Und Sternenstrahlen leiten
mir Sein und Sinnen seelenheimatwärts.

Ein [illegible]gemäß gewordenes Geschenk.

Der „Köln. Ztg." wird von ihrem Berichterstatter aus Sofia geschrieben: Man würde weit fehlgehen, wenn man annähme, daß der böse Ausgang der deutsch-bulgarischen Waffenbrüderschaft jede Neigung der Bulgaren zu Deutschland erstickt hätte. Gewiß, es hat namentlich unmittelbar nach dem Zusammenbruch Zeiten gegeben, wo man sich Deutschlands nur mit Zorn erinnerte und sich selber wie der Gimpel vorkam, der dem Vogelsteller in die Hände fiel, weil er so dumm war, auf eine Leimrute zu hüpfen. Aber diese Stimmung ist längst verflogen, hat sich längst schon wieder in weiten Kreisen in Achtung und Bewunderung gewandelt, und das Verhalten der Verbandsmächte trägt ein gut Teil Verdienst daran. Man hat in Bulgarien zunächst niemals vergessen, daß deutsche Truppen unter einem preußischem Führer, dem Generalmajor v. Reutter (übrigens nicht dem Zabern-Reutter), die Stadt Sofia vor der Plünderung durch die von Küstendil heranrückenden bulgarischen Bolschewiken gerettet haben. Man hat dann ferner zur Genüge erfahren, daß die Verbandsmächte ganz anders mit Bulgarien umsprangen und umspringen, als es Deutschland jemals getan hatte, und die kleinen Reibereien, die in der Tat einst zwischen Bulgaren und Deutschen vorgekommen sind, hat man darüber längst vergessen. Der anmaßende Ton, namentlich französischer Offiziere, in den Jahren seit dem Waffenstillstand, hat weit verbitternder gewirkt als jene kleinen Häkeleien während der gemeinsamen Schützengrabenzeit mit Deutschland. Nur den italienischen Truppen, die eine Zeitlang im Namen der Verbandsmächte Sofia besetzt hielten, bewahrt man ein freundliches Andenken. Bulgarische Studenten bevölkern daher schon heute wieder und in stattlicher Zahl die deutschen Hochschulen; der bulgarische Kaufmann arbeitet im Warenverkehr am liebsten mit deutschen Kaufleuten; nach Deutschland haben sich diejenigen Bulgaren geflüchtet, die in der Bauernregierung von heute eine Gefahr für sich erblickten, auf Deutschland blickt man im Gefühl der Gemeinbürgerschaft der Besiegten als auf das Land der Zukunft, das einst auch für Bulgarien wie für ganz Europa bessere Zeiten heraufführen werde. Ja, auch für die in Deutschland längst dahingeschwundenen Gewalten der alten Zeit hat man ein freundliches Angedenken übrig, und in keinem Vaterlande, außer vielleicht in Griechenland noch, hört man soviel Fragen nach dem Wohlergehen des Kaisers und dem Schicksal des Hauses Hohenzollern wie in Bulgarien. Manchmal äußert sich diese Neigung in einer Verehrung, die selbst den geborenen Deutschen in Erstaunen setzt. Ein besonderes Beispiel dafür habe ich in Sofia gefunden. In einem Vorort der Stadt lebt ein Perser, der Besitzer einer großen Teppichfabrik ist. Seit langen Jahren ist er dort tätig, in jeder Hinsicht zum Bulgaren geworden. Die Bulgaren, die sich seinen langen Heimatnamen niemals merken konnten, nannten ihn einfach Perfiffi, den Perser, und er selber folgte dem Beispiel und nahm den Namen als Familiennamen an. Während des Krieges hatte dieser Persifft seiner Verehrung für Kaiser Wilhelm mehrfach dadurch Ausdruck gegeben, daß er ihm besonders schöne Stücke seiner Teppicherzeugung zukommen ließ; Kaiser Wilhelm dankte ihm dafür, indem er ihm bei seinem Besuch in Sofia eine kostbare Vase übersandte. Für das Kriegsende — wer hätte damals an einen bösen Ausgang gedacht?! — hatte Persifft sich eine besondere Ueberraschung für den Kaiser ausgesonnen. Schon zu Beginn des Krieges war ihm der Gedanke gekommen, den Kaiser selber und die Großtaten des Krieges zum Stoff für eine besonders schöne Arbeit zu nehmen; vier Jahre lang beschäftigte er dann seine vier besten Knüpferinnen damit, und kurz nach dem Zusammenbruch vollendete er sein Werk. Kürzlich hatte ich Gelegenheit, es zu betrachten. Der Teppich, der in den schönsten Farben gehalten ist, zeigt größtes Format, etwa 8:4 Meter. In der Mitte steht der Kaiser in Kürassieruniform auf der Weltkugel — besonders das Schwarz der hohen Stiefel ist hervorragend gut herausgekommen —, in den Wolken über ihm schwebt Bismarck, an den Seiten rund herum sind die deutschen Großtaten des Krieges bis zur Einnahme von Bukarest, soviel ich mich erinnere in persischer Schrift, verzeichnet, ferner die Wappen aller Bundesstaaten Deutschlands eingewebt. Das Ganze macht einen recht vornehmen und geschmackvollen Eindruck; natürlich muß man diesen Teppich bildmäßig betrachten, die verhältnismäßig geringe Ausdrucksfähigkeit der Teppichbildniskunst bedenken, und ihn sich etwa als Schmuck für eine große Wand vorstellen, nicht auf dem Erdboden liegend und dafür bestimmt, um mit den Stiefelsohlen darüber hinwegzuschreiten. Persifft hatte vor, diesen Teppich dem Kaiser nach beendetem glücklichen Kriege zum Geschenk zu machen, eine Freude, die ihm jäh zunichte gemacht wurde. Nun bewahrt er ihn selber auf und zeigt ihn von Zeit zu Zeit guten Freunden und Bekannten, wobei er nicht müde wird, des gestürzten Fürsten immer wieder in herzlichen und teilnehmenden Worten zu gedenken. Ein unzeitgemäß gewordenes Geschenk.

*

Deutsche Helden in brasilianischen Diensten.

D. A. Z. Die „Germania", Sao Paulo, brachte kürzlich unter dem Titel des gleichnamigen Werkes des brasilianischen Leutnants Amilca Salgado dos Santos vom 4. Jägerbataillon, „Deutsches Blut in brasilianischen Diensten" einen längeren Artikel, der uns zeigt, welchen Anteil gerade deutsche Siedler an Brasiliens Macht und politischem Aufblühen genommen haben. Die Stuttgarter Halbmonatsschrift des Deutschen Auslands-Instituts „Der Auslandsdeutsche" schreibt darüber u. a., daß beispielsweise 1774—77 Heinrich Bohn die Spanier aus Rio Grande vertreiben half. Zwei deutsche Bataillone erlangten ferner ob ihrer Tapferkeit im Unabhängigkeitskrieg verdienten Ruhm. Im Krieg zwischen Uruguay, Brasilien und Argentinien im Jahre 1827 wurde das 27. brasilianische Bataillon ausschließlich von Deutschen gebildet, gerade dieses Bataillon schlug sich in der Schlacht bei Ituzaingo am tapfersten. Auch 1852 kämpften unter dem Baron Caxias das aus Deutschen gebildete 15. Infanterie-Bataillon unter dem Kommando des Barons von der Heyde (9. Brigade, 3. Division) tapfer gegen die Argentinier. Auch das 2. Artillerie-Regiment unter Oberst von Held, späterhin unter von Lämmert, sowie mehrere deutsche Pionierkompagnien fochten in jenem Heldenkampfe mit gegen Manuel Rosas, den Despoten Argentiniens.

Im Paraguay-Kriege retteten die Deutschen Matto Grosso für Brasilien. Zur Zeit der Revolution 1893—95 stand das Bataillon Lauro Müller, wie das 3. Regiment, beide aus Deutschen gebildet, auf seiten der Regierung.

Auch in die brasilianischen Militärschule wurden verschiedentlich Deutsche als Lehrer berufen, so der im Offizierskorps wohlbekannte Fechtlehrer Major von Meyer.

Die „Germania" bringt den Dank der Deutschen Kolonie Brasiliens dem „Lobredner deutscher Energie und Tatkraft, Herrn Amilcar Salgado dos Santos", entsprechend zum Ausdruck, und schreibt dann gegen den Schluß ihres Artikels: „So erfüllt das Deutschtum gegen die Adoptivheimat nicht nur die Pflicht, den Boden Brasiliens urbar zu machen, seine Bodenschätze zu heben, sondern es hängt mit jener Liebe an dieser Scholle, daß es sich nicht scheut, die besten seiner Söhne zu opfern, wenn es gilt, der neuen Heimat lästige Feinde zu wehren. Mag auch manchmal diese Tatsache durch Tagesereignisse verdunkelt werden, die Tatsache bleibt bestehen. Die Sonne scheint doch, wenngleich sie auch begeifert wird. Memmnisse juvabit."

*

Durch Deutschland mit einem Hundertkronenschein.

Das Kopenhagener Blatt Politiken hat sich und seinen Lesern das billige Vergnügen gemacht, durch einen Mitarbeiter erproben zu lassen, wie lange und wie weit man mit hundert dänischen Kronen — das wären vor dem Kriege 113 Mark — gegenwärtig in Deutschland reisen kann, wenn man leidlich bescheiden lebt, das heißt: Champagner und überflüssigen Luxus meidet. Der dänische Journalist begann seine Erkundungsfahrt in Warnemünde (wohin ihn die Fähre von Gedser gebracht hatte) und legte mit der Bahn einen Weg zurück, der durch folgende Haltepunkte bezeichnet wird: Potsdam, Berlin, Leipzig, Passau, Regensburg, München, Mittenwald, Innsbruck, Lindau, Konstanz, Augsburg, Frankfurt a. M., Berlin, von wo es dann wieder nach Warnemünde zurückging. Täglich berichtete der Mann seinem Blatt von seinen Eindrücken und gab jedesmal eine genaue Aufstellung über seine Ausgaben: Hotelzimmer, Mahlzeiten, Wein, Bier, Zigaretten, Vergnügungen, Eisenbahnfahrkarten usw. Er war 13 Tage (genau 11 ganze und 2 halbe Tage) unterwegs; für seine hundert Kronen — sie wurden ihm mit 4185 Mark eingewechselt — hat er nicht nur diese 13 Tage für deutsche Verhältnisse sehr gut gelebt, sondern auch eine Gesamtbahnstrecke von 3000 bis 4000 Kilometer Länge durchfahren! Er merkt dazu an: „Für diese Strecke, die ungefähr das Zwölffache der Strecke Kopenhagen—Aarhus ausmacht, hätte ich auf dänischen Bahnen rund 400 Kronen an bloßem Fahrgeld ausgeben müssen; die Fahrt allein hätte also in Dänemark viermal soviel Geld verschluckt, als ich für die ganze Reise innerhalb der deutschen Grenzen verbraucht habe. Für rund 335 Mark den Tag habe ich einige von Deutschlands schönsten Gegenden besucht, habe sogar noch ein Grenzvisum bezahlt und einen Abstecher nach Oesterreich hinein gemacht, der mir mit einer wundervollen Tour durch Karwendelgebirge den Glanzpunkt meiner Reise bescherte; ich habe deutsches Mittelalter in herrlichen alten Städten eingesogen, Bekanntschaft mit vorher nie gesehenen Kunstwerken in Münchener und Berliner Museen gemacht, deutsches Großstadtleben in Frankfurt a. M. und Berlin kennen gelernt. Auf kürzeren Strecken bin ich dritter Klasse, sonst nur zweiter Klasse gefahren, und in der Nacht hatte ich einen Schlafwagen oder ein gutes Bett in einem guten Hotel." Auf unser gegenwärtiges Valutaelend werfen diese Bemerkungen des Dänen ein grelles Schlaglicht.

*

Der Nachtwächter von Borgholzhausen.

Aus Sparsamkeitsrücksichten mußte in Borgholzhausen die Stelle eines Nachtwächters seit dem 1. Oktober v. Js. unbesetzt bleiben. Mit dem Rücktritt des letzten Nachtwächters vom Amt droht nun auch ein seit Generationen geübter Brauch und mit ihm ein gutes Stück alter Dorf-Poesie unterzugehen, nämlich das Silvester-Singen. In der Silvesternacht pflegte der Nachtwächter, verstärkt durch einige stimmbegabte Männer, auf seinen Runden durch die Stadt die Jahreswende in beschaulichen Versen zu besingen. Eingeleitet durch eine Strophe des Kirchenliedes „Hilf, Herr Jesu, laß gelingen" oder „Das alte Jahr vergangen ist", folgte je nach dem Stande der Uhr ein Vers des